

Arbeiter-Zeitung

Donnerstag, 8. September 1928

10. Jahrgang, Nummer 208

Erstausgabe täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Besondere Preise: Wochenblatt 0,60 M., monatlich 2,80 M., Einzelnummer 15 Pf. Durch die Post bezogen monatlich 2,80 M., unter Streifenband 3,00 M. Anzeigenpreis: Die dreispaltige Millimeterzeile ober deren Raum 12 Pf., Vereins- und Versammlungsanzeigen 6 Pf. Kleinanzeigenpreis: Die dreispaltige Millimeterzeile ober deren Raum im Text 70 Pf. — Schluss der Inseraten-Nachnahme lt. der Haupt-Expedition 5 Uhr; in den Filial-Expeditionen am Tage vorher bis spätestens 18 Uhr.

für Schlesien und Oberschlesien
Organ der KPD., Sektion der 3. Internationale
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“
Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

Hauptredaktion: Breslau 10, Trebnitzer Straße 50, Telefon 560 39. **Postfach:** Breslau 844. **Redaktion:** Breslau, Trebnitzer Straße 50, Telefon 288 87. **Spezialredaktion:** Breslau, Trebnitzer Straße 50, Telefon 288 87. **Verlag:** Breslau, Trebnitzer Straße 50, Telefon 288 87. **Verlag:** Breslau, Trebnitzer Straße 50, Telefon 288 87. **Verlag:** Breslau, Trebnitzer Straße 50, Telefon 288 87.

Bourgeoisie-Quittung für Hamburg

Jubel der Bürgerpresse — sie konstatiert langandauernden Waffenstillstand

Das reaktionäre „Hamburger Fremdenblatt“, dessen Bericht erstatter zum Kongress des ADGB. zugelassen ist, schreibt: „Die Gewerkschaften waren bereits zu einer Zeit, in der der marxistische Dogmenstreit das Parteigebäude stark erschütterte, Vorkämpfer des Revisionismus gewesen. Wenn auch nicht einen endgültigen Frieden, so doch einen langandauernden Waffenstillstand, haben die einsichtigen Gewerkschaftsbeamten mit dem „Kapitalismus“ geschlossen. In diesem Rahmen sind auch die Hauptthemen eingespannt, die auf der Tagesordnung des Hamburger Kongresses stehen. Ihr bedeutsamstes behandelt die „Verwirklichung der Wirtschaftsdemokratie“.

Das ist schon deutlich für die Arbeiterschaft. Der „Hamburgische Correspondent“ bringt folgende Riesen-Überschriften:

„Curtius vor den freien Gewerkschaften. — Leipziger weist die kommunistische Presse aus dem Saal!“

Darunter steht:

„Jahrzehntlang hat der Sozialdemokrat und der Liberale, der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer, nebeneinander hergelebt fast ohne Bewußtsein, daß sie zur selben Lebensgemeinschaft gehörten. Wenn darum heute der Volksparteiler Curtius vor den freien Gewerkschaften steht, so wie er vorher schon vor den Handwerkern oder vor dem Deutschnationalen Handlungsgehilfenverband gestanden hat, so gebührt dem Minister Dank dafür, daß er zunächst wenigstens in seiner Person die notwendigen Brücken schlägt von Stand zu Stand, von Beruf zu Beruf. Die Entwicklung der sozialistischen Arbeiterschaft zum Staat und zum Wirtschaftsfrieden muß von innen heraus kommen.“

Die Bourgeoisie hat also die Demonstration der ADGB-Bürokraten gut verstanden.

Arbeiter, gebt eure Antwort!

Im Zeichen des Wirtschaftsfriedens und der Spaltungspolitik

Erster und zweiter Verhandlungstag des ADGB-Kongresses.

Hamburg, den 3. September 1928.

In der Nachmittagsitzung des 1. Verhandlungstages gab Leipziger den Geschäftsbericht, der von den Delegierten mit größter Unaufmerksamkeit und unter großer Unruhe entgegengenommen wird. Das Referat ist eine Anhäufung reformistischer Plattfetzen und Schleichheiten, und ist nur bemerkenswert durch den immer wiederkehrenden Schrei nach enger Zusammenarbeit mit dem Unternehmertum. Da bei der allgemeinen Interesslosigkeit Leipziger Ausführungen, die er vom Blatt abliest, unverständlich bleiben, so übernimmt schließlich Grafmann die Vorlesung. Leipziger Rede fängt mit einem Bekenntnis zur kapitalistischen Republik an. Er sagt, daß die Gewerkschaftsführung zum heutigen Volkstaat stehe. Er erklärt dann, daß die Opfer der kapitalistischen Rationalisierung in Kauf genommen werden müssen. Das Arbeitsbeschaffungsprogramm (das nie durchgeführt wurde) sei ein Erfolg des ADGB-Vorstandes gewesen. Schon das Arbeitszeitgesetz sei ein Fortschritt gewesen (!). Der Achtstundentag werde erst von den Arbeitern selbst durchbrochen, da sie wegen des Mehrverdienstes Ueberstunden machen. (Leipziger vergißt dabei, daß die elenden Löhne der deutschen Arbeiterschaft die Hauptursache an dieser Erscheinung sind.) Daß auch der sozialdemokratische Reichsarbeitsminister Wiffel bei seiner Schlichtungspraxis berechnete Arbeitszeitforderungen der Arbeiterschaft unberücksichtigt gelassen hat; erklärt Leipziger als „unverständlich“. (Um so besser begreifen es die Arbeiter.) Darauf behauptet Leipziger, daß die Reallohne der deutschen Arbeiter gestiegen seien und wendet sich dann dem Schlichtungswesen zu. Ausdrücklich erklärte er: „Wir lehnen das Schlichtungswesen nicht ab, sondern wollen es ausbauen. Der Staat soll mehr schlichten, anstatt verbindlich erklären.“ Wesentlich seien die vielen Zwangsschlichtungen, die nur in solchen Fällen erfolgen sollen, wo ein höheres Interesse der Wirtschaft vorliegt. Vorzuziehen sei der Ausbau des Tarifvertragswesens und Schiedsgerichtvereinbarungen zwischen Gewerkschaften und Unternehmern. Leipziger erinnert dabei an die Vereinbarungen mit dem Unternehmertum 1918 (Arbeitsgemeinschaftliche Abkommen), die er auch heute haben möchte. Zur Frage der Industrieverbände erklärt Leipziger, daß hoffnungsvolle Ansätze vorhanden seien. Die alten Kongressbeschlüsse genügen vollständig. Dann singt Leipziger ein Loblied auf die angeblich segensreiche Tätigkeit der Sozialdemokratie.

Massenprotest der Hamburger Arbeiterschaft

Am Montagabend fand im größten Saal von Hamburg, bei Sagebiel, eine Protestversammlung der Hamburger Arbeiter gegen die Spaltungspolitik der ADGB-Führer statt. Der große Saal war vollständig überfüllt. Der seines Mandats beraubte oppositionelle Delegierte Ewert-Verlin referierte, und seine Ausführungen wurden immer wieder unter stürmischer Zustimmung von Tausenden von Arbeitern unterbrochen. Einstimmig wurde folgende Resolution angenommen:

„Die heute bei Sagebiel tagende Versammlung der Hamburger Arbeiterschaft erhebt flammenden Protest gegen die unerhörte Vergewaltigung der Rechte der Gewerkschaftsmitglieder durch den ADGB-Kongress, als auch die Annullierung der kommunistischen Berliner Mandate durch die Bürokratie des Metallarbeiterverbandes, wie auch gegen die schamlose Herausweisung der kommunistischen Pressevertreter aus dem Sitzungssaal, insbesondere der Gewerkschaftspresse der Sowjetunion, auf das entschiedenste.“

Wir protestieren dagegen, daß der Wirtschaftsminister des Reichskapitals, Curtius, den ADGB-Kongress begrüßen durfte, während Betriebsdelegierte und eine Delegation des Internationalen Bundes der Opfer des Krieges und der Arbeit nicht einmal in den Sitzungssaal hineingelassen wurden. Das ist unerhörtester Anstoß auf Spaltung der Gewerkschaften, das ist die andere Seite der Panzerkreuzerpolitik der reformistischen Gewerkschaftsführer. Auch die gestrigen und vorgestrigen Ueberfälle freigewerkschaftlicher Jugend durch die Stoktrupps des Reichsbanners liegen in derselben Linie und wurden von der Bürokratie planmäßig vorbereitet.

Wir appellieren an die gesamte Hamburger Arbeiterschaft und die Gewerkschaftskollegen ganz Deutschlands, gegen die verwerflichste Politik der Panzerkreuzerpolitik den heftigsten Widerstand zu organisieren.

Es lebe die Einheit der deutschen Gewerkschaften im Kampf! Gegen Reichskapital und reformistische Bürokratie! Nieder mit den Spaltern, nieder mit den Sozialfaschisten!

Belegschaften, Betriebsräte und Gewerkschaften für den Volksentscheid

Die Bauhütte Böhlen der Baufirma Wagh und Freitag begrüßte in einer Belegschaftsversammlung am 1. September den Volksentscheid.

In Delitzsch forderten am 31. August in einer Volkerversammlung die Betriebsräte und sämtliche Funktionäre des Einheitsverbandes der Eisenbahner vom Reichsbahn-Ausbesserungswerk Delitzsch einstimmig die aktive Unterstützung des Volksentscheids durch die Verbandsleitung. Es sei Pflicht des Hauptvorstandes, scharf gegen die Haltung der SPD. Stellung zu nehmen, wenn er nicht mitverantwortlich werden wolle an dem Betrug der Wählermassen.

In Halle nahmen die Belegschaften der Firmen Dicker und

Berneburg und der Halleischen Mährenwerke zum Volksentscheid Stellung und beschloßen die Bildung eines Komitees.

Der Bund der Freunde der KPD., Ortsgruppe Halle, dem zahlreiche Großbetriebe, Gewerkschaften, Sportorganisationen und andere Arbeiterorganisationen angeschlossen sind, fordert in einem Offenen Briefe zur Teilnahme an einer Sitzung zur Konstituierung eines Komitees zur Durchführung des Volksentscheids auf.

Eine gutbesuchte Mitgliederversammlung des Gemeinde- und Staatsarbeiterverbandes Jena begrüßte nach lebhafter Debatte einstimmig den Volksentscheid.

Eine Abteilung der Straßenbahnarbeiter, Abteilung Gleisbau, und eine Betriebsversammlung von Gretsch „Unitas“ in Stuttgart nahmen für den Volksentscheid Stellung.

Die revolutionäre Front wächst!

In Eisenach hat ein Genosse allein in den letzten zwei Wochen 22 neue Leser für das „Thüringer Volksblatt“ erworben.

1372 neue Abonnenten der „Freiheit“ in Düsseldorf waren bis zum vergangenen Freitag gemeldet.

In Wesseln veranstaltete die Ortsgruppe des KPD. eine Werbeveranstaltung in Wöhrden. Es wurden 18 Neuaufnahmen für den KPD. gemacht und in Wöhrden eine Ortsgruppe gegründet.

Hart wie Stahl!

Es gibt zurzeit keinen wichtigeren Kampfposten für den kommunistischen Funktionär als den Platz in den Gewerkschaften.

Die Reformisten wollen spalten. Ausschluß folgt auf Ausschluß! Sie wollen dadurch die Kommunisten nicht nur schwächen, sondern bewußt verdrängen, kampflübe und gegenüber unseren Parteibeschlüssen schwankend machen.

Es darf aber jetzt bei uns keine Schwankungen geben. Die Klassenbewußten Arbeiter sind mit uns. Je antiproletarischer die Reformisten handeln, desto besser wird für uns die Situation.

Ein schlechter Soldat der Revolution ist der Kommunist, der sich von den Reformisten ins Wodshorn jagen läßt, der die Pistole ins Korn wirft in dem Augenblick, da der Feind angreift!

Unsere Parole: Auf zur Gegenoffensive! Verteidigung der Gewerkschaften und ihrer Einheit! Gewinnung neuer Mitkämpfer für die Opposition!

Jede Ortsgruppe und jeder Parteigenosse muß begreifen, daß die Reformisten „ganze Arbeit“ gegen die Kommunisten in den Verbänden machen wollen. Nur gemeinsam mit den Massen können wir diese Anschläge verhindern.

Daher: Arbeit, Arbeit und nochmals Arbeit aller Genossen und KPD-Kameraden in den freien Gewerkschaften.

Seran an die SPD-Kollegen. Einheitsfront mit ihnen gegen die Spalter.

Vor Eröffnung der Diskussion werden dann sämtliche oppositionellen Anträge in der Weise abgewürgt, daß für sie entgegen dem Bundesstatut die Unterstützungsforderung gestellt wird. Der Bundesvorstand hat diktiert, daß jeder Antrag mindestens 50 Stimmen zur Unterstüfung haben müsse, ehe er überhaupt zur Verhandlung zugelassen werde, sogar auch solche Anträge, die von den örtlichen Gewerkschaften gestellt wurden. Es ist klar, daß auf diesem Kongress die oppositionellen Anträge nicht diese Unterstüfung fanden. Immerhin zeigte es sich, daß bei der Unterstüfungsforderung zu den verschiedenen oppositionellen Anträgen verschiedene Verbandsfraktionen, wie z. B. die der Metallarbeiter gespalten waren. Es bekommt jedoch kein oppositioneller Antrag die genügende Unterstüfung, wodurch nur die Anträge des Bundesvorstandes behandelt werden.

Nach Eröffnung der Diskussion spricht als erster Redner Genosse Kraus-Stuttgart. Er führt aus, daß der Bundesvorstand von Breslau bis Hamburg dieselbe arbeiterspezifische Politik verfolgt hat, die der Arbeiterschaft zum Schaden gereicht ist. Die Politik des Unternehmertums blieb so rücksichtslos wie immer, nur hat sich durch die Konzentration des Kapitals und durch die Vertrustung die Lage für die Arbeiterschaft noch verschärft. Der Bundesvorstand hat nicht die richtige Konsequenz aus dieser Entwicklung gezogen. Die Theorie der Wirtschaftsdemokratie zeigt der Arbeiterschaft einen falschen Weg. In der Stellungnahme zum Schlichtungswesen hat sich die Politik der Gewerkschaftsführungen verschlechtert. Diese Politik hat mit dem Marxismus nichts mehr zu tun. Weil die Opposition gegen diese Schlichtungspolitik ist, ist die Lage der Arbeiterschaft stetig verschlechtert, wird der Kampf gegen die oppositionellen Kollegen innerhalb der Gewerkschaft immer mehr verschärft. Daher die diesen Ausschüsse und die Auflösung ganzer Verwaltungsstellen. Genosse Kraus weist darauf hin, daß er in der kurzen Redezeit von zehn Minuten sich nicht ausführlicher mit der Politik des ADGB-Bundes befassen könne, er müsse auch noch zu einer anderen Sache sprechen. Wenn Leipziger mit der Bezeichnung „Verbrechergesindel“ die kommunistische Partei gemeint hat, dann will auch ich zu diesen „Verbrechern“ gehören. Er geht dann auf die Zwischenfälle vor dem Gewerkschaftshaus ein und weist nach, daß gegen die oppositionellen Junggewerkschaftler ein unerhörter politischer Terror entfaltet wurde. Diejenigen Gewerkschaftsmitglieder, die nicht Mitglieder der SPD

So sieht die Abrüstung aus!

Der Inhalt des französisch-englischen Flottenabkommens

III. London, 4. September. — Aus den Indiskretionen französischer Delegierter in Genf ergibt sich, wie der diplomatische Mitarbeiter des „Daily Telegraph“ feststellt, ein ziemlich genaues Bild vom dem Inhalt des englisch-französischen Flottenabkommens. Es enthält folgende drei Hauptpunkte:

1. Unterseeboote unter 600 Tonnen Wasserverdrängung werden der Rüstungsbegrenzung nicht unterworfen;
2. Kreuzer mit einer geringeren Bewaffnung als 17-Zentimeter-Geschütze werden von der allgemeinen Abrüstung ausgeschlossen;
3. Kleinere Torpedofahrzeuge und andere Hilfschiffe werden in ein allgemeines Abrüstungsschema nicht einbezogen.

dieser auf Grund einer Intervention deutscher Sozialdemokraten, trotz seiner Millionenstimmungen, straffrei ausgegangen ist. Dieses Vorgehen kennzeichnet den sozialdemokratischen Presse- dienst abermals als einen Dreifacher korrupter Sozialdemokraten, mögen sie Calman oder Varinat heißen.

Die Unabhängigen Sozialisten in Letland verboten

Zuchthausurteile in Libau.

Riga, 5. September. (M.S.P.) Die aus Riga gemeldet wird, ist das Verbot der Unabhängigen Sozialistischen Partei nunmehr ausgesprochen worden. In Libau sind ein Prozess gegen mehrere Mitglieder der kommunistischen Partei statt. Zwei Angeklagte wurden zu je sechs Jahren Zuchthaus, eine weibliche Angeklagte zu fünf und drei weitere Angeklagte zu je 4 1/2 Jahren Zuchthaus verurteilt.

Die Sturmschäden und Ueberschwemmungen in Japan

III. London, 4. September. Nach jetzt eingetroffenen Berichten aus Tokio hat der Taifun, der am 30. August besonders die Gegend von Kyushu heimsuchte, beträchtlichen Schaden angerichtet. Glücklicherweise ist jedoch die Zahl der getöteten Personen im Verhältnis zu dem von dem Sturm betroffenen Gebiet gering, doch schätzt man sie nach dem amtlichen Bericht auf über fünfhundert. Die Ueberschwemmungen durch den Tumen-Fluß in Nord-Korea haben nach Schätzungen des dortigen Gouverneurs ungefähr 600 Personen das Leben gekostet. Auch der Sachschaden soll ungeheuer groß sein.

Nanking-Regierung provoziert Sowjetunion

Zwei russische Botschafter in China verhaftet.

Peking, 4. September. Auf Veranlassung der chinesischen Behörden in Peking soll der Botschafter der Sowjetunion, Maumow, in Tschangschun verhaftet worden sein. Ferner wird aus Mulden die Verhaftung des Botschafters Lewin gemeldet. Eine Bestätigung dieser beiden Nachrichten liegt noch nicht vor.

Wie aus Moskau gemeldet wird, hat die Nachricht von der Verhaftung der russischen Konsuln in China dort große Erregung hervorgerufen. Die Sowjetregierung hat vom Generalkonsul in Tschangschun eingehenden Bericht über die Verhaftungen verlangt und wird erst nach Eingang dieses Berichts bei der Nanking-Regierung Schritte unternehmen.

Kraffin im Polarmeer

Moskau, den 4. September. — Der Eisbrecher „Kraffin“ traf in Ringssbay ein und nahm Tschuchnowski an Bord. Er wird sich nach der Gruppe der sieben Inseln am Kap Wrangell begeben, wo Tschuchnowski in seinem Flugzeug Nachforschungen unternimmt. Die Kapitäne des „Kraffin“ und der „Citta di Milano“ tauschen Besuche aus.

Aktion, Kolportage!

Da noch nicht alle Kolportage die Abrechnung für August eingekassiert haben, machen wir nochmals auf die sofortige Abrechnung aufmerksam, damit in der Zustellung keine Unterbrechung eintritt. Der Verlag.

und werden sich nicht das Recht rauben lassen, ihre Meinung zum Ausdruck zu bringen. Die Opposition wird allen Unterdrückungsmaßnahmen trotzen. Die Protestbewegung ist durch die Bewilligung des Panzerkreuzers durch sozialdemokratische Minister stark gewachsen und sie wird weiter anwachsen.

Der nächste Diskussionsredner, der Sozialdemokrat Schäfer, Leipzig, bekommt 20 Minuten Redezeit. Schäfer hält die übliche Rede eines Sozialdemokraten, er kritisiert mit Worten verschiedene Sachen, doch macht er gemeinsam mit den Leipziger und Konfirten alle Gemeinheiten und Niederträchtigkeiten gegen die Opposition mit. Seine Kritik bedeutet daher nichts anderes als eine Täuschung der Arbeiter, weil sie nicht erfolgt, um die unhaltbaren Zustände zu ändern, sondern um die Arbeiter davon abgucken, zur Opposition zu ziehen. Schäfer erklärt zunächst, daß sich Wiffel nicht viel vom Reichsarbeitsminister Braun unterscheiden. Er fordert eine andere Schlichtungspolitik, lehnt aber das Schlichtungswesen nicht ab.

In der Dienstaussprache sprach Fritz Naphthal über: „Der Ruf nach Wirtschaftsdemokratie innerhalb der deutschen Arbeiterklasse.“ Naphthal war bis vor ganz kurzer Zeit noch Redakteur bürgerlicher Zeitungen. Wahrscheinlich gerade deshalb hielt ihn der ADGB-Vorstand für besonders geeignet, die „Grundzüge des Sozialismus“ den Delegierten darzulegen. Er tat das mit folgenden Worten: Der Kapitalismus hat bereits von sich aus das System der freien Wirtschaft grundlegend verändert, indem er es mit zahlreichen Organisationsmomenten durchsetzte. Diese Durchorganisierung des Kapitalismus bedeutet noch nicht Demokratisierung der Wirtschaft, sie muß aber zwangsmäßig deren Entwicklung beeinflussen. Der Redner streift dann die Nationalisierungsfrage. „Ziel der Rationalisierung ist die Verringerung der Unkosten, mit denen ein bestimmtes Arbeitsergebnis erreicht werden kann. Soweit diese Verringerung auf technischem Fortschritt und besserer betrieblicher Organisation beruht, wird sie auch von der Arbeiterklasse grundsätzlich bejaht. Der Weg zum Sozialismus kann nur schrittweise zurückgelegt werden. Er führt über die Demokratisierung der Wirtschaft!“

Über „Bildungsaufgaben der Gewerkschaften im Zusammenhang mit dem öffentlichen Bildungswesen“ erlittete der Sekretär des ADGB Bericht. Er forderte Bekämpfung des gesamten Schulwesens. Daneben Arbeitsunterricht, längere Schulzeit ufm.

Schließlich sprach noch der stellvertretende Bundesvorsitzende Müller über „Vereinheitlichung und Selbstverwaltung in den Einrichtungen der sozialen Gesetzgebung“. Auf dieses Referat werden wir morgen zurückkommen.

Vorbereitungen der Faschisten zum Bürgerkrieg

Der Verband Sächsischer Industrieller heßt auf neue zu einem Reichswehrmarsch in Sachsen. Der Koalitionspartner der SPD, die Deutsche Volkspartei, vereint mit den Deutschnationalen, arbeiten hierbei eng zusammen. Der „Kämpfer“ ist in der Lage, einen faschistischen Geheimbefehl zu veröffentlichen, der die intensiven Vorbereitungen zum Bürgerkrieg gegen die Arbeiter enthüllt. Es handelt sich um eine militärische Nachrüstung der Faschisten, die Entreichung der Industriearbeiterschaft von Chemnitz und einen Sturmangriff auf Chemnitz, wo Unruhen der Arbeiter ausgebrochen sein sollen. Die Faschisten können ungehindert ihre Mitglieder für den organisierten Arbeitermord schulen. Aber die Bildungsarbeit der proletarischen Organisationen dient der vereinten Reaktion zum Schrei nach dem Verbot des NSDAP und neuen Reichswehrrekrutierungen.

NSD.-Gruppen von Reichsbanner verprügelt

In dem Demonstrationzug der Junggewerkschaftler zur Begrüßung des ADGB-Kongresses befanden sich auch zahlreiche sächsische NSD.-Gruppen. Sie hatten ihre roten Fahnen und Embleme mitgebracht. In der Annahme, es handele sich um Kommunisten, stürzten sich die Reichsbanner des Reichsbanners insbesondere auf diese Gruppen, entrißen ihnen die Fahnen und verprügelten die Jugendlichen. Unter den sächsischen sozialdemokratischen Delegierten herrscht über diesen Empfang, den ihnen ihre Genossen in Hamburg bereiteten, ungeheure Empörung.

Neue Hochverratsaktion der Stuttgarter Staatsanwaltschaft

In einem Begriffsartikel zum Internationalen Jugendtag, den der Genosse Fugger in Stuttgart unterzeichnet hatte, war ein Lenin-Zitat enthalten. Das war der Vorwand zu einer Aktion der Staatsanwaltschaft in Stuttgart gegen die „Süddeutsche Arbeiterzeitung“ und den Genossen Fugger. Ebenfalls sollte der Artikel „Das Doppelspiel der Kommunisten“ eine Vorbereitung zum Hochverrat sein. Die Arbeiter-schaft muß diesen neuen Gewaltstreich abwehren.

Untersuchung gegen Reichskommissar Heinzmann

im Stinnes-Betrugsfall I

Auf die Beschuldigungen, die von Hugo Stinnes bei seiner Vernehmung vor dem Untersuchungsrichter gegen den Reichskommissar Heinzmann erhoben worden sind, hat jetzt das Reichsfinanzministerium das Material gegen Heinzmann der Staatsanwaltschaft in Aufstellung dieser Beschuldigungen zur Verfügung gestellt. Die Staatsanwaltschaft will sich nunmehr auch mit diesen Dingen befassen und es wird sich dabei herausstellen müssen, wie weit der französische Sozialist Calman in der Lage war, das gegen Stinnes schwebende Verfahren mit Hilfe seiner guten Beziehungen zu deutschen Amtsfunktionären zur Einstellung zu bringen.

Der Sozialdemokratische Freidienst stellt sich erneut lebhaft gegen die schwerbelasteten Sozialisten Calman, dem terrublen Verbündeten von Stinnes, und bestreitet entschieden, daß

Vom Tage

Wie die III. mitteilt, fand am Dienstag im Reichsministerium des Innern eine Referentenbesprechung statt, in welcher der kommunistische Antrag auf Einleitung eines Volksbegehrens behandelt wurde. Es wurde beschlossen, die Entscheidung über den Antrag dem Reichskabinett zu überlassen.

Das Büro der Volksversammlung des Völkerbundes hielt gestern eine dreistündige Geheim Sitzung ab. Die öffentliche Volksversammlung wurde nach wenigen Minuten geschlossen, da sich kein einziger Redner angemeldet hatte.

Die französischen Flieger Hissolant und Lesebre sind gestern früh nach Remort gestartet.

Wie der Demokratische Zeitungsdienst erfährt, ist für den Herbst eine neue Länderkonferenz in Aussicht genommen.

Am 9. September sollen in Warschau die deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen beginnen, zu denen der polnische Ministerrat in einer Sitzung am 6. September Stellung nehmen will.

Der Betriebsmord

Erzählung von Otto Glösa

„Ach, die heilige Tagesordnung!“ rief einer aus der Versammlung. Klemenz verwies drohend auf das Betriebsratsgesetz, das politische Vorträge in Betriebsversammlungen als ungesetzlich ahnde.

„Ich weiß“, gab er beläunghaft von sich, „was ich als Betriebsrat zu tun und was ich abzuwehren habe, um für die Kollegen alles rauszuholen, was einer nur rauszuholen kann. Das soll mir erst mal ein nachmachen. — Aber ich bin nicht auch da, Kollegen hier verantwortlich. Ich bin gewählt von der ganzen Belegschaft und lasse mich nicht mißbrauchen. Ich weiß, wie weit ich zu gehen habe und gehe davon nicht ab und wenn die ganze Versammlung hier auch voll lauter Stabilitätskräfte wäre.“

Angeregt von dieser feierlichen Erklärung fand ein Kollege in der Versammlung auf, belomerte, mit der Faust jeden Satzteil unterstreichend: — und wenn die Welt voll lauter Kommunisten wäre — ich hebe hier — und bleibe SPD und kann nicht dafür, Kamen!“

Alle lachten. Nur Klemenz selbst blieb ernst, sagte nachdrücklich: „Kollegen, wenn wir Fragen machen wollen, dann nenne ich das keine Versammlung mehr. Ich muß euch ersuchen, mit Ernst bei der Sache zu bleiben.“

Es entwickelte sich eine lebhafteste Debatte. Klemenz verbarrikadierte sich hinter Geschäftsordnungsregeln, Verbandsstatuten, Betriebsratsgesetz. Machte sie zu Fettschen, die nicht berührt werden dürfen. Kollegen hielten ihm entgegen, die Rationalisierung sei eine wirtschaftliche Frage, die sich gerade im Betrieb abspiele.

„Gut“, lenkte er scheinbar ein, „wir können das Thema auf die nächste Tagesordnung legen.“

„Einverstanden!“ rief Kother und die Versammlung stimmte spontan zu.

Aber dann wird der Vortrag nicht von einem Kollegen gehalten.

„Warum denn nicht?“

„Wir können doch auch einmal einen Kommunisten anhören und uns dann unsere eigene Meinung bilden, wir sind doch alle volljährig.“ Klemenz warf sich diesen Zwischenrufen entgegen.

„Das ist ein parteipolitischer Vortrag, respektive unsere maßgebenden Ansichten sehen das so an.“

„Du bist ein Schieber“, rief man ihm aus der Versammlung zu. „Es muß ein Referent her, den uns die Gewerkschaft stellt, das ist der einzige gangbare Weg.“

Dann ist es ein sozialdemokratischer Vortrag, denn es gibt in unserem Kreis hier keinen Gewerkschaftsbonden, der nicht jedesmal auf die Kommunisten schimpft und für eure Partei Reklame macht.“

Es wurde gelacht. Die meisten der Anwesenden freuten sich, daß der Dide, wie sie Klemenz nannten, in der Klemme saß. Es war nicht leicht, ein überzeugendes Gegenargument zu finden. Er suchte nach einem Ausweg, fand ihn.

„Kollegen“, begann er in verbindlichem Tone, „Kollegen, so wollen wir doch nicht diskutieren. Wir sind doch hier als Belegschaft zusammen. Als Parteigenossen können wir uns ja soviel bekämpfen, wie ihr wollt, aber in Parteiversammlungen, respektive in politischen Versammlungen. Hier sind wir aber doch alle Kollegen und müssen zusammenhalten, wenn wir dem Unternehmer gegenüber etwas erreichen wollen.“

Es hagelte Zwischenrufe.

„Ach — mit einem Male!“

„Mache nur kein Rührrei!“

„Du bist doch sonst nicht so, dem Unternehmer gegenüber.“

Der Streit ging weiter, spitzte sich zu.

Inzwischen saß Schneider in der Gosstube. Sein Kopf hing tief. Es gab ihm zu denken, daß kein Kollege ihn aufgefordert hatte, an der Versammlung teilzunehmen. „Ich hätte einfach reingehen sollen“, dachte er, „aber vordrängen will ich mich nicht, das hab' ich mein Lebtag nicht gelernt.“ Daß er nun außerhalb der Belegschaft stehen sollte, empfand er wie eine neue Betrügnung. Er war wiederholt arbeitlos, aber er war noch nie so hoffnungslos gewesen. Dieses Ausgehögensein fiel schwer in sein Denken, riß es tief auf und machte es schmerzhaft. Eine Welle neuer Mut erfindend aus seinen Gedanken und warf sich gegen Klemenz: „Ich sollte dem Chabiat doch ein

Kater die Digna geben.“

Nicht weit von Schneider entfernt, saß ein lauer unbekannter

Mann. Er las in einem biden Buche, unterbrach sich aber jedesmal wenn die Türe zum Vereinszimmer ging, sah auf, horchte. Dann bückte er sich hastig, las wieder, als ob er etwas verfaumt habe. Als Schneider ihn bemerkte, griff der junge Mann während des Lesens bald in die Tasche, bald in jene Tasche, bis es schließlich nicht mehr zu ertragen zu sein schien, was er suchte, er aushaß, auf dem Tisch einen Bleistift entbedte. Der junge Mann unterstrich eine Stelle in seinem Buch sehr energisch und las wieder, bis erneut die Türe ging. Wenn Anschein nach war er bereit, aufzuspringen, Buch, Zeitungen und Tasche zusammenzuraffen und zu den versammelten Arbeitern zu eilen.

Endlich kam Kother aus dem Versammlungszimmer, nickte Schneider grüßend zu, ging zu dem jungen Mann. Der hatte im Ru seine Sachen in die Tasche gestopft und stand auf.

„Du, Fritz, es wird heute nichts“, sagte Kother, „der Dide hat sie soweit herum, daß in der nächsten Versammlung erst ein Referat von einem Gewerkschaftsbonden über das Thema gehalten wird und nachher erst abgestimmt werden soll, ob du noch sprechen sollst. . . . Merkst du was? Da bringt er natürlich einen großen Demagoges geschleppt und dann reden sie uns Löcher in den Bauch. . . .“

„Schade“, sagte der junge Mann, „ich hätte mich gut vorbereitet. . . . aber etwas haben wir doch erreicht, daß überhaupt mal das Thema auf die Tagesordnung kommt. Das ist bei den Reformisten schon etwas. . . . Du mußt aber wenigstens heute noch eine Resolution annehmen lassen, die das Vorgehen des Betriebsleiters festnagelt, die Verantwortung dafür aber der gesamten Direktion schließt und die Einstellung des neuen Betriebsleiters als Maßnahme der kapitalistischen Rationalisierung kennzeichnet. . . .“

„Machen wir.“

„In der nächsten Versammlung muß ich dann unbedingt zu einem Korreferat kommen, du mußt die jugendlichen Kollegen einzeln bearbeiten, daß sie das verlangen.“

„Machen wir.“

Schneider trat zögernd an den Tisch, neugierig. Kother zog ihn vollends heran.

(Fortsetzung folgt.)

„Was ist das für den politischen Teil Kultur Domäne, für die Arbeiterbewegung, die Betriebe im Kampf“ und „Wahlschritte“ während Klemenz, die „Klassen“ „Köster“ und die letzten Beilagen Friedrich Böde, ähnlich in Berlin. Die obersteinsten Teil Theodor Kell, Kleinig. — Für Referate K. Becker-Berlin

Oberschlesien

Hitlerbanditen überfallen Frauen, Invaliden und Jungarbeiter

In letzter Zeit haben sich die Überfälle gegen revolutionär gesinnte Arbeiter derart gehäuft, daß dieser furchtbare Terror zu einer ernstlichen Gefahr für die Proleten geworden ist. Bereits vergangene Woche konnten wir von Überfällen der Hitlerleute auf Bistupitz-Borsigwitzer Jugendgenossen berichten.

Heute sei der selbe Überfall einer 80 Mann starken Hitlerbande, die mit Pistolen, Messern, Gummiknüppeln, Totschlägern und Flaschen bewaffnet war, auf 21 Teilnehmer des Jugendtages in Gleiwitz erwähnt. Die Tapferkeit dieser „Reiter Deutschlands“ geht aus dem Umstand hervor, daß sie sich mit Vorliebe an wehrlose Mädchen, Frauen, Greisen und Kriegsgeschädigten vergriffen.

Über den Überfall am Sonntag geht uns folgender Bericht zu: Als wir am Sonntag dem Internationalen Jugendtag in Gleiwitz, wo wir auch schon provoziert wurden, vom Hauptbahnhof Hindenburg geschlossen nach Bistupitz marschierten, wurden wir um 9 1/2 Uhr auf der Chaussee, kurz vor Bistupitz,

von einer löhlichen, 80 Mann starken Hitlerbande überfallen. Die uns der selbe Überfall ereilte, trafen wir eine Gruppe Stahlhelmer, die von einem Schupo begleitet war. Die löhliche Bande der Hitlergardien ließ uns vorbeimarschieren. Als die Banditen sahen, daß wir nur Jugendliche, Mädchen, Frauen und Greise waren, stürzten sie mit tierischem Gekrächel und den Rufen

„Saut die roten Hunde!“

auf uns zu und hieben mordlustig auf uns ein. Fast alle Genossinnen und Genossen wurden von den Schlägen, durch Messerstiche, Stein- und Flaschenwürfe getroffen. Der Genosse Josef Szepanik, der in der letzten Gruppe marschierte, erhielt

eine große Anzahl Messerstiche,

an denen er zusammenbrach. Er wurde nach dem Überfall von den Genossen in das Krankenhaus „Anna Segen“ eingeliefert. Einige Genossen liefen zur Postwachse, um sie zu alarmieren. Doch auf der Wache war nur ein Beamter anwesend, welcher erst die übrigen, welche im Stadteil verstreut waren, zusammenrufen wollte. Als wir so dastanden, kam der Hitlermann Choroba blutüberströmt zur Wache. Die um uns stehende Menschenmenge und wir beuheteten ihn, weil wir der Meinung waren, er sei einer der Unsrigen, da ihn das verblutete Gesicht unkenntlich machte. Doch als er mit einem Beamten aus der Wache heraustrat, entpuppte er sich

als krammer Hitlermann. Der Beamte sagte uns — worüber wir befürgt waren — wir hätten die Hitlerleute und nicht diese uns überfallen (!). Der Hitlermann Choroba versuchte also, den Unterzeichneten die Schuld in die Schuhe zu schieben. Lieber Choroba, wir wollen dir sagen, wer dir die Wange zerfachten hat: deine eigenen Waidgesellen! Im Gedränge, in welchem ihr euch auf den Genossen Szepanik stürztet, wobei möglichst jeder seinen Blutdurst stillen wollte, belamst du einen Totschläger zu spüren. Bedanke dich hierfür bei deinen Kräbern. — Und jetzt willst du wohl die Behauptung aufstellen, daß dich die 15 jährige (!) Genossin Viktoria Marwika geschlagen hat (!). Nach den bisherigen Ermittlungen wurden folgende Hitlerbanditen trotz der Finsternis erkannt: 1. Der mit dem Spitznamen „Telgasse“ bekannte Wädergeselle des Wädgers Daniel, bei welchem die Hitlerzusammenkünfte stattfanden. Der richtige Name ist uns zurzeit nicht bekannt. 2. Bukas, Beuthener Straße wohnhaft, Familienhändler gegenüber Bismarckstraße, 3. Winkler, ebenfalls dort wohnhaft, 4. Pintel, Arbeitshelm Hedwigwunschtube, 5. Richard Choroba, ebenfalls dort wohnhaft. Die übrigen wurden bisher nicht ermittelt, sie stammen aber zum größten Teil aus der ganzen Umgegend. Daraus geht hervor, daß

der Überfall wohl vorbereitet

war. Wir bringen hiermit diesen Überfall zur Kenntnis der Arbeiterschaft. Proteste dagegen genügen nicht. Wir fordern die Arbeiterschaft auf, wachsam zu sein und gemeinsam mit der kommunistischen Partei und kommunistischen Jugend kollektiv und energisch solche Angriffe in Zukunft mit allen Mitteln unmöglich zu machen, um so mehr, als es die Polizei, die doch für „Ruhe und Ordnung“ sorgen soll, scheinbar nicht notwendig hat, die Arbeiterschaft zu schützen, vielmehr für den Schutz der faschistischen Vororganisationen eintritt.

Unterschriften: Martha Marwika (16 Jahre), Viktoria Marwika (15 Jahre), Helene Magak (15 Jahre), Klara Dominik (15 Jahre), Steffi Stenzel (18 Jahre), Emil Drysch (18 Jahre), Edmund Lesch (17 Jahre), Josef Szepanik (18 Jahre), Rudolf Schönte (18 Jahre), Sonda, Invalide (64 Jahre), Nowak (64 Jahre), Gertrud Marwika (17 Jahre), Elise Drysch (14 Jahre), Agnes Skuballa (15 Jahre), Albina Sabura (15 Jahre), Frau Marwika, Willy Magak (22 Jahre), Richard Schweda (18 Jahre), Erich Jurek (19 Jahre), Alfred Buzgal (21 Jahre), Otto Lesch (46 Jahre).

Stahlhelme in Karf

400 Mann aus dem ganzen Industriegebiet

Über den „Deutschen Tag“ in Karf geht uns von unserem Arbeiterkorrespondenten folgender Bericht zu: Anlässlich der Befreiung am 2. September fand in Karf bei langer Zeit vorher angekündigte Stahlhelmaufmarsch statt. Tausende von Stahlhelmen sollten aufmarschieren, und siehe, nicht ganze 400 Mann aus dem ganzen Industriegebiet kamen zusammen. Auch einige verlausene Proletarier waren dabei, was man gleich an den verdorren Gesichtern erkannte. Vormittags fand die kirchliche Fahnenweihe statt. Nachmittags der Umzug durch Karf, welcher per Bandkarte erfolgte, was bei den Einwohnern großes Gekächel hervorrief. Am Festplatz behauerte der Redner, daß sie keine Siege und Feste mehr feiern könnten, auch behauerte er die Niederlage bei der Wahl und schimpfte über die Schlappeit und Laune des Stahlhelms. (Der muß es ja wissen!) Er sagte auch, daß keiner mehr an die nationale Ehre denke. Zum Schluß hat er den lieben Gott, er möge ihnen einen Führer schicken, der Deutschland wieder zu Ehren bringt. Beim Deutschlandlied gingen die Führer aneinander und lächelten über die Peite des Stahlhelms. Große Sympathie mußten die Karfer Bürger hoch gehabt haben, da ihre tags zuvor errichteten Ehrenspalten am frühen Morgen auf den Feldern zerstreut herumlagen. Der Stahlhelm hätte in Karf gar nichts gezeigt, wenn er nicht bis zum frühen Morgen, die ganze Nacht befoffen herumgegrölt hätte. Kein Volkspolitiker dagegen ein, trotz der Verkärung. Das Gesetz scheint für den Stahlhelm nicht in Frage zu kommen. Wir protestieren dagegen.

Gleiwitz

Die Arbeiterschaft gegen Panzerkreuzerbau für Volksentscheid

Am Freitag rief die SPD-Ortsgruppe Gleiwitz die Arbeiterschaft zu einer Protestkundgebung auf dem Ring auf. Etwa 1000 Arbeiter folgten dem Rufe der Partei. Genosse Jendrosch wies in seiner Ansprache auf das Verhalten der Regierung hin, bei dem auch sozialdemokratische Minister dazu beitragen, die Steuergroschen der Werktätigen nutzlos zu verpulvern, die Machtgier der deutschen Imperialisten zu unterstützen und das Glend der Arbeiterschaft zu vergrößern. Er wies auch auf den Versuch des Reichspräsidenten in Oberschlesien hin und zählte die Summen auf, die der Provinziallandtag und die Magistrate für den Empfang des „Reiters“ unndig hinauszumerken. In gleicher Zeit werden die Anträge der Erwerbslosen überhaupt nicht behandelt, weil angeblich kein Geld da ist. Genosse Jendrosch zeigte dann den Weg, auf dem das Proletariat zu gehen hat, um die Kriegserübnissen einzudämmen. Nach dem Genossen Jendrosch ergriff der Vertreter der Jugend das Wort. Er schilderte die Lage der Jugend im vergangenen Kriege und zeigte die Gefahren für die Jugend in einem kommenden Kriege auf. Er forderte die Jungarbeiter auf, sich der Klassenkampforganisation anzuschließen und mitzuhelfen, den Kampf gegen den Krieg und die kapitalistische Gesellschaftsordnung zu organisieren und mitzuhelfen an dem Aufbau einer neuen, einer sozialistischen Gesellschaftsordnung.

Im Anschluß daran wurde eine Protestresolution einstimmig angenommen. Diese lautet:

„Die heutige öffentliche Volksversammlung der Gleiwitzer Arbeiterschaft protestiert auf das Entschiedenste gegen den Beschluß der deutschen Regierung zum Panzerkreuzerbau. Besonders begrüßen wir den Entschluß der SPD, einen Volks-

entscheid herbeizuführen, nach welchem keine Panzerkreuzer gebaut werden dürfen.

Wir geloben, die SPD. in ihrem Kampfe mit allen Mitteln zu unterstützen.“

Nach der Annahme dieser Entschlieung wurde die Arbeiterschaft aufgefordert, an der Demonstration teilzunehmen. Unter Vorantritt der SPD-Kapelle setzte sich der Zug in Bewegung und marschierte in straffer Disziplin nach dem Germaniaplatz, wo er aufgelöst wurde.

Auf der Suche nach Dummen!

Ein Arbeiter schreibt uns: Dieser Tage brachte man mir einen Bettelbrief der katholischen Kirchengemeinde Peter-Paul in meine Wohnung, obwohl ich schon sieben Jahre nicht mehr eine Kirche betreten habe. Bezeichnend ist, daß dieser Bettelbrief mit anhängender Zahlkarte auch Erwerbslosen mit 12 Mark Unterstützung zugelandt wird. Im Brief wird gemeldet, daß die Peter-Paul-Kirche 67 000 Mk. Schulden habe, und diese kleine Kirchensteuer zahlen. Ja, ihr Herren vom Kirchenvorstand, die Zukunft wird es lehren, daß die Zeit kommt, wo eure Kirchensteuerkassen ganz leer bleiben werden. Ob die „hohe Geklichkeit“, welche bis 60 000 Mark Jahresgehalt bekommt, auch so einen Bettelbrief erhalten hat? Die Fischerlei dieser Art wird sogar von Paderborn aus nach hier betrieben. Doch die Herrschaften haben sich geirrt, wenn sie meinen, in Oberschlesien noch so viel Dumme zu finden. Auf diese Bettelrei, Klassengegnen und -genossinnen, gibt es nur eine Antwort: T a s c h e n z u ! H e r a u s a u s d e r K i r c h e ! H i n e i n i n d i e p r o l e t a r i s c h e F r e i d e n t l e r b e w e g u n g !

Die Erwerbslosenzahl in der Provinz Oberschlesien ist in der Woche vom 27. August bis 1. September von 13 695 auf 13 642 gesunken. Hauptunterstützt wurden davon nur 6208 Personen.

Achtung, Metallarbeiter! Der MW. Ortsverwaltung Gleiwitz gibt bekannt: Sonntag, den 9. September, vormittags 9,30 Uhr, im Bundeshaus, Gleiwitz, Wilhelmplatz 9 (Saal der Technik) Mitgliebertagung. Tagesordnung: 1. Bericht vom Verbandstage (Berichterstatter Kollege Buchwald, Königshütte). 2. Verbandsangelegenheiten. Mitgliebtlicher sind mitzubringen. Ohne Mitgliebtbuch keinen Zutritt. Keinen Zutritt haben ferner Mitglieder, die mit ihren Beiträgen über 6 Wochen rückständig sind.

Hindenburg

Betriebsrat Mandla als Kommunistenfresser

Ein Arbeiter schreibt uns: In verschiedenen Gewerkschaftsversammlungen in der Umgegend von Hindenburg und Gleiwitz produziert sich der vor einiger Zeit von den Preußagwerken entlassene Betriebsrat Mandla als echter Panzerkreuzer sozialistischer und kommunistischer Fresser. Die Kommunisten und auch die „Arbeiter-Zeitung“ haben bei der Entlassung Mandlas für ihn und gegen die Unternehmer Partei ergriffen. Das darf uns aber nicht hindern, mit aller Deutlichkeit festzustellen, daß das Schreiben Mandlas arbeiterschädigend ist. Dem Mandla ist zu empfehlen, erst einmal reichlich nachzudenken, was eigentlich Sozialismus und Kommunismus ist. Solange er das nicht weiß, hat er kein Recht, Sowjetrußland anzugreifen. Natürlich, solange er die Erzeugnisse des Windhorst-Redakteurs Koch lieft, wird er nichts Bescheites lernen. Fürchtet etwa Mandla, seine Gemahregelten-Unterstützung zu verlieren, wenn er sich nicht an der Herbe gegen die Kommunisten und Sowjetrußland beteiligt? Oder sind andere Gründe für ihn maßgebend? Gerade Mandla, der erst vor kurzem die Brutalität der Unternehmer zu spüren bekam, müßte doch erkannt haben, daß nur der Weg des rücksichtslosen geschlossenen Kampfes der Arbeiterschaft Erfolge bringen kann.

Denkt an Sacco und Vanzetti!

Die Rote Pilze gibt bekannt: Am Donnerstag, dem 6. September, um 19 Uhr findet im Saale des Herrn Pießke, Glöcknerstraße,

eine allgemeine Metallarbeiterversammlung mit Symphoniebegleitung statt. Anschließend ein Lichtbildvortrag 1. und 2. Teil von Sacco und Vanzetti und eine Ansprache von Genossen Schmalz, der aus dem Zuchthaus entlassen worden ist. Es ist Pflicht eines jeden Genossen und jeder Genossin, an diesem Vortragabend zu erscheinen. Zur Deckung der Kosten des Lichtbildapparats wird ein Eintrittsgeld von 20 Pfg. erhoben. Genossen, sorgt für Massenbesuch! Freunde und Gönner herzlich willkommen.

Selbstmord. Am Sonntag beging der Maurer Roman Blenzel aus Hindenburg auf der Eisenbahnstrecke Hindenburg-Gleiwitz, in der Nähe des ehemaligen Stabstiments „Wilhelmshöhe“, dadurch Selbstmord, daß er sich mit verbundenen Augen vor einen ankommenden Zug auf die Schienen warf. Ihm wurde sofort der Kopf vom Rumpfe getrennt. Das Motiv zu dieser grausigen Tat ist unbekannt.

Cosel

Arbeiter heraus!

Die SPD. gibt bekannt: Am Sonntag, dem 9. September, findet ein Kreis-Arbeiterfest in Cosel im Schützenhause statt. Das Programm ist folgendes: Um 12 bis 1 Uhr mittags Ringkonzert mit einer Ansprache von einem Vertreter aus Berlin. Um 8 Uhr Gartenkonzert mit Kinderbeteiligungen. Um 8 Uhr Bewirtung der Kinder mit Kaffee und Kuchen. Um 7 Uhr abends ein Lichtbildvortrag von Herrn Libor aus Oppeln, anschließend eine Ansprache von Dr. Warthmann aus Berlin. Dann Tanz und verschiedene andere Belustigungen. Wir laden hiermit die Bevölkerung von Cosel und Umgegend ein, zahlreich zu erscheinen. Der Eintritt beträgt 50 Pfg.

Oppeln

Die Arbeit im Gaswerk soll gesundheitsfördernd sein

Ein Arbeiter schreibt uns: Bei uns im Gaswerk arbeitet ein gewisser Fabich, der vor kurzer Zeit in das Angestelltenverhältnis übergeführt worden ist. Diese Überführung hat den Menschen fast größtmwahnsinnig gemacht. Er denkt nun, den Arbeitern alles bieten zu können, obwohl er doch vor kurzer Zeit selbst noch einer war, und im Grunde genommen ja eigentlich auch heute noch einer ist. Gegenwärtig sind von der Belegschaft des Gaswerks drei Mann krank. Dieser Mensch bringt es fertig, anderen gegenüber zu erklären, er wundere sich, wie in einem solchen Betriebe Leute krank werden können, da doch die Arbeit im Gaswerk gesundheitsfördernd ist. Dabei wollen wir ihn doch daran erinnern, ob er schon vergessen hat, wie er selbst früher einmal bei der Arbeit umgekippt ist und seitdem sich dem Arbeiter gegenüber doch noch nichts gebessert hat. Wir werden uns den Ausdruck sehr gut merken!

Wo bleibt die Ruhelohnverordnung für die städtischen Arbeiter?

Im März fanden zwischen einem Vertreter des Magistrats und dem Gemeinde- und Staatsarbeiterverband Verhandlungen über eine Ruhelohnverordnung der städtischen Arbeiter statt. Seitdem ist von der Sache nichts mehr zu hören. Die Betriebsräte der städtischen Werke haben am 2. August, also schon vor über einem Monat, an den Magistrat eine Anfrage gerichtet, wie es mit dem Inkrafttreten der Ruhelohnverordnung steht, ohne bisher eine Antwort zu erhalten. In anderen Städten, wie in Gleiwitz und Beuthen, soll bereits die Ruhelohnverordnung von den städtischen Körperschaften beschlossen worden sein. Die kommunistische Stadtverordnetenfraktion wird in der nächsten Sitzung am 8. September eine entsprechende Interpellation einreichen.

Mitgliederversammlung des RW. Punkt 1 beschäftigte sich mit der Abrechnung vom Gantreffen. Sie ergab, daß der Untergau Oppeln das an Plaketten abgerechnet hat, was er sich zur Aufgabe gestellt hat. Die endgültige Abrechnung erfolgt durch die Gausführung. Zu Punkt 2 referierte Kamerad Girndt über den von der SPD. und den RW. eingereichten Vorschlag, wonach der deutschen Regierung jeder Bau von Panzerkreuzern und Panzertraktoren verboten werden soll. Genosse sprach Kamerad Girndt von der verschärfsten Ausführlampagne der Reformisten in den Arbeiterorganisationen. Er teilte dabei mit, daß auch er höchstwahrscheinlich abermals aus dem Metallarbeiterverband ausgeschlossen werden wird. Unter Punkt 3 verschiedenes wurde der Mitgliederversammlung vorgebracht, einen Kameraden wegen unamerabhaftigen Verhaltens auszuschließen und zwei anderen wegen ähnlichen Vorkommnissen eine Rüge zu erteilen. Die Versammlung beschloß, dem ersten Vorschlag mit großer Mehrheit zuzustimmen, ebenso einem Kameraden eine Rüge zu erteilen. Der andere Vorschlag wurde abgelehnt. Außerdem wurde beim ersten Punkt der Tagesordnung noch eine Entschlieung angenommen, die eine baldige Einberufung einer Gauskonferenz verlangt.

Versammlungskalender

Parteiveranstaltungen

Donnerstag, 6. September:
Bistupitz. 19,30 Uhr in der Gaststätte Parteimitgliederversammlung.

Freitag, 7. September:
Sosniza. 16 Uhr im bekannten Lokal Mitgliederversammlung.
Beuthen. 19,30 Uhr im Lokal Neumann, Stabdelegierten-Konferenz.
Bistupitz. 19,30 Uhr Straßenzellenversammlung.

Oppeln. 19 Uhr im Büro. Leitungssitzung.

Sonabend, 8. September:
Bistupitz. 17 Uhr auf dem Marktplatz öffentliche Versammlung. Referent Genosse Lunel.

Sonntag, 9. September:

Ratibor. 9,30 Uhr in der „Stadt Toppau“ Kreis-Konferenz der Kommunalvertreter.

Kreuzburg. Untergantreffen des RW.

Beiskretscham. 10 Uhr Mitgliederversammlung.
Ratibor. 9 Uhr Mitgliederversammlung im Schützenhause.

Roter Frontkämpfer-Bund

Oppeln. RW. Mittwoch, 19,30 Uhr, im Schützenhause, Mitglieder-

versammlung.
Gleiwitz. Freiberger. Sonabend 20 Uhr im Vereinslokal Bahnhofstraße 34 Mitgliederversammlung mit Referat „Die sexuelle Not des Kindes“. Gäste willkommen.

Diese Zeitung weiterzugeben ist Werbearbeit

Zentrum
Zigaretten - Zigaretten - Tabake
Gustav Richter, Schmiedebrücke 88
Pianos - Hohlraum - Stickerel
G. Heide, Ohlauer Straße 67, II.
Hermann Namroth, Summerel 10
Gold- und Silberwaren
Carl Sch. Ohlauer Straße - 42
D. Manneberg
Gehr. Friedrich
Fahrradhaus Eximius

Heinrich Nitsche
Liquorfabrik
Besucht die Adlergaststätten
Möbellabrik Max Schreier
W. Kelling
MOBEL-BOTTA
Schuhhaus Schäfer
Uhren Rosenthal
Heidrich

Modchhaus Tichauer
Konditorei u. Café M. Obst
ALBERT GUTSCHE
R. Karsunky & Co.
Ostdeutsches Schuhwarenhaus
Gummiwarenhaus Teller

Gerrenhüte / Sportmützen
Emil Friesing
Fitz- und Strohhüte, Mützen
Brauerei und Ausschank
HÖTE UND MÜTZEN
Brauerei und Ausschank
Markthalle Gartenstraße

Der Schokoladenkonsum, zeigt Euch den Weg, wie gute Ware billig verkauft werden kann.
Herm. Schirmak G. m. b. H.
Fillialen: Ohlauer Str. 50/54, Graupenstr. 12, Höfchenstr. 31, Friedrich-Wilhelm-Str. 34.

Ost
Zigarren-Haus L. Chamm
Alfred Hoch
Möbel-Koch
Lebensmittelhaus Carl Stebler

Zigarren
E. Betz
Fugo Schmidt
Milk, Butter, Eier, Käse
Speise-Eis Müller
E. Schlappe
Paul Lorenz

W. Böhme
Kaufhaus Tauenzien
Albert Kirchner
Theodor Scholz
Medizinal - Drogenhaus
Süd
Bäckerei und Konditorei

Nich. Wenzel
Steffi Wiegand
Geschw. Bauch
Fritz und Mützen
Fritz Simon
Möbel
L. Rosner

Schirme, Sitze
„Goldstretcher“
Nord
Ernst Weid
Gaststätte
Carlowitz

Fache Qualitätsmarken sind den führenden Marken des In- u. Auslandes ebenbürtig.

Brieg
Fleisch- u. Würstwaren
Feine Fleisch- u. Würstwaren
S. Jablonowsky
Fahrräder - Nähmaschinen
Empfehle

Brot, Weiß- u. Feinbäckerei
Zigarrenhaus
MIFA-FAHRRÄDER
F. & M. Simon
Pelsterwitz

Ohlau
Schuhhaus
Hans Jablonowsky
Herren- und Damenbekleidung
KAUFHAUS RIESENFELD
MODEHAUS

Rutz, Weiß- und Wolllwaren
Karl Rosdeutscher
„Oderschüsschen“
Karl Kreusel, Söhne
Färberei Brenner
MOTORFAHRZEUGE

Schuhwarenhaus
ROBERT SCHOLZ
nur mit Gas!
Strehlen
F. SKUPIN
Fritz Berndt
Carl Stopp
G. Piehl
Dstar Kleiner

Trinkt Engelhardt-Biere Qualität unübertroffen.

Wie stehts mit der Krisenfürsorge?

Einige Bemerkungen zu dem „gewaltigen Erfolg“ der Panzerkreuzer-Minister

Die Zustimmung der „Genossen“ Minister zum Bau des Panzerkreuzers hat nicht nur innerhalb der SPD, sondern auch in dem Teil der Arbeiterschaft, der noch mit der SPD sympathisiert, große Erregung und Erbitterung hervorgerufen. Die SPD will nun diese Erregung dadurch befähigen, daß sie die in den letzten Tagen herausgekommenen geringfügigen Verbesserungen in der Krisenfürsorge zu einem „vollen Erfolg“ stempelt. Da in der Arbeiterschaft, zumeist bei dem noch in Arbeit stehenden Teil, eine große Unklarheit über die Krisenfürsorge besteht und auch vielfach die Auffassung vorhanden ist, die Verbesserungen in der Krisenfürsorge kommen allen Arbeitslosen zugute, so wollen wir nachstehend diese „Verbesserungen“ etwas unter die Lupe nehmen.

Zunächst einmal: Wieviel Erwerbslose profitieren von der Bestimmung über die Verlängerung der Krisenfürsorge von 26 auf 30 Wochen, die übrigens erst am 17. September in Kraft tritt?

Es waren Ende Juni vorhanden 1 207 000 Erwerbslose (100 Prozent), davon erhielten: Arbeitslosenunterstützung 610 000 Erwerbslosen (50,5 Prozent), Krisenunterstützung 118 000 Erwerbslose (9,5 Prozent), keine Unterstützung 484 000 (40 Prozent). Es sind also zunächst nur 9,5 Prozent aller Erwerbslosen, denen die Verlängerung etwas bringt. Selbst die Erweiterung des Personenkreises der Krisenfürsorge um Teile einiger Berufsgruppen wird die Zahl der Empfänger von Krisenunterstützung nicht wesentlich erhöhen, denn die neu hinzukommenden Berufsgruppenteile machen nur einen geringen Prozentsatz der Erwerbslosen aus.

So waren zum Beispiel in der Berufsgruppe 4 (Industrie der Steine und Erden) Ende Juni im ganzen Reich 15 043 Arbeitslose vorhanden. Da von dieser Berufsgruppe nur die Unterabteilung B, und davon auch nur ein Teil, nämlich die Glasindustrie, zur Krisenfürsorge neu zugelassen ist, sind es also höchstens einige wenige Tausende von Arbeitslosen, die neu zur Zahl der Krisenunterstützten stoßen. Genau so verhält es sich auch mit den anderen neu zugelassenen Berufen, wie Bühnenmitglieder und Filmschauspieler sowie den an- und ungelerten Fabrikarbeitern. Auch hier ist die Zahl der von der Neuzulassung betroffenen Arbeitslosen verschwindend gering. Für die Fabrikarbeiter wird die Zulassung noch dadurch erschwert, daß sie den Nachweis führen müssen, daß sie „seit Jahren nur in solchen Betrieben tätig gewesen sind, in denen vorwiegend Angehörige der zur Krisenunterstützung zugelassenen Berufe, wie Glasindustrie, Metallindustrie, Lederindustrie, Holz- und Schnitzstoffgewerbe, Bekleidungsindustrie, beschäftigt waren, dort mit den Angehörigen dieser Berufe zusammengearbeitet haben und für eine Vermittlung in andere Beschäftigungen nach Lage des Arbeitsmarktes und ihrer beruflichen Vergangenheit nicht in Frage kommen.“ (!) Durch die letzten Bestimmungen sind der Willkür Tür und Tor geöffnet. Zu bemerken ist noch, daß ein Teil der neu zur Krise gekommenen Berufe bereits vorher durch die

den Präsidenten der Landesarbeitsämter zustehende Ermächtigung zur Krisenunterstützung zugelassen war. Die jetzige Erweiterung des Personenkreises bedeutet also nicht mehr als eine nachträgliche Sanktionierung durch den Reichsarbeitsminister. Die Gesamtzahl der Krisenunterstützten dürfte also 15 Prozent nicht übersteigen.

Gewiß wird die SPD jetzt einwenden, ja, die Verlängerung der Bezugsdauer der Krisenunterstützung auf 30 Wochen ist an und für sich schon eine Tat und ein Erfolg, denn wenn auch jetzt nur 10 bis 15 Prozent der Erwerbslosen dadurch begünstigt werden, so werden wir und auch unser Genosse Reichsarbeitsminister Wiffell schon dafür sorgen, daß der Kreis der Krisenunterstützungsempfänger auf alle Erwerbslosen ausgedehnt wird. Dazu fehlt uns aber der Glaube. Wir sind auch dazu berechtigt, denn die Erfahrungen, die die deutsche Arbeiterschaft in der kurzen Zeit, in der Wiffell als Arbeitsminister fungiert, mit ihm machen mußte, bestätigen nur unsere Auffassung, daß Wiffell nicht als Sachwalter der Arbeiterschaft, sondern der Bourgeoisie seine Funktion ausübt.

Sehen wir uns aber die heute gültige Höchstdauer der Unterstühtungsbezugs an und vergleichen wir sie mit der Bezugsdauer, die vor Inkrafttreten des Arbeitslosenversicherungsgesetzes gültig war. Es gelten heute folgende Bestimmungen:

1. für Arbeitslose in Berufen, für die keine Krisenunterstützung zugelassen ist, Arbeitslosenunterstützung . . . 26 Wochen
 2. für Arbeitslose aus Berufen, für die Krisenunterstützung zugelassen ist und die Krisenunterstützung auf Grund einer nur 13wöchigen Beschäftigungsdauer erhalten, Krisenunterstützung . . . 30 "
 3. wie vorher für Arbeitslose über 40 Jahre (aber nur wenn eine besondere Härte vorliegt) Krisenunterstützung . . . 52 "
 4. für Arbeitslose, die Krisenunterstützung erhalten, weil ihr Anspruch auf Erwerbslosenunterstützung erschöpft ist und für ihren Beruf Krisenunterstützung zugelassen ist, Arbeitslosenunterstützung 26 Wochen, Krisenunterstützung 30 Wochen . . . 66 "
 5. wie vorher, für Arbeitslose über 40 Jahre (ebensofalls nur bei Vorliegen einer Härte) Arbeitslosenunterstützung 26 Wochen, Krisenunterstützung 52 Wochen . . . 78 "
- die Bezugsdauer in der alten Erwerbslosenversicherung betrug generell für alle Erwerbslosen . . . 78 "

Wir sehen also, daß auch der letzte „Erfolg“ der SPD noch nicht einmal den Schutz der Erwerbslosen wie er vor dem Inkrafttreten des Arbeitslosenversicherungsgesetzes bestand, wieder hergestellt hat, mit Ausnahme der unter 5 bezeichneten Arbeitslosen, deren Zahl aber, hoch gerechnet, nur 1 bis 2 Prozent der Gesamtzahl der Arbeitslosen ausmachen dürfte.

Eitel Schaumschlager ist es, wenn sich die SPD heute bemüht, aus der Verlängerung der Krisenunterstützung einen „gewaltigen Erfolg“ zu konstruieren. Sie hat damit noch nicht einmal das Verdrehen an der Arbeiterschaft gulgemaht, daß sie beging, als sie dem Arbeitslosenversicherungsgesetz ihre Zustimmung gab.

Der 14. Internationale Jugendtag in Berlin

Selten hat die Berliner Arbeiterschaft einen so wichtigen Anlaß des Jugendproletariats gesehen, wie am 2. September, am 14. Internationalen Jugendtag. Zehntausende von jugendlichen Demonstranten, der kommunistische Jugendverband, die Rote Jugendfront, der JSB, zahlreiche Jugendabteilungen der Sportorganisationen beschränkten am Sonntag nachmittag völlig das Straßenbild des Berliner Westens.

Begeistert wurden die anmarschierenden Demonstranten im Lichtenberger Stadion von Tausenden und aber Tausenden Arbeitern, die sich schon am Nachmittage zum Spiel der „Roten Trommler“ und der Arbeitersportvereine eingefunden hatten, begrüßt. Nicht enden wollten die Jurore und der Beifallssturm, als eine Gruppe von 70 SJZ-Mitgliedern, die in den KJB übertraten, an der Tribüne vorbeimarschierten.

Das Meeting wurde von der Bezirksleitung des Berliner Jugendverbandes eröffnet. Dem Genossen Bied, der die verräterische Politik der Panzerkreuzerpartei klar aufzeigt, folgte ein Redner des Jungparteiabwändes.

Alsdann betreten 70 bisherige Mitglieder der Sozialistischen Arbeiterjugend das Podium. Einer von ihnen nimmt das Wort. Nicht die Arbeit „kommunistischer Spigel“ hat uns den Weg zum KJB. gewiesen, wie es der „Vorwärts“ gerne hinstellen möchte, son-

dern die Taten der Sozialdemokratischen Partei, die richtige Klassenkampfpolitik der Kommunistischen Partei sind es, die uns aus der SAZ hinausgetrieben haben, die uns klar gezeigt haben, daß jeder Klassenbewußte Jungarbeiter in den kommunistischen Jugendverband gehört.

Unter brausendem Beifall zerrissen die in den KJB eingetretenen früheren Mitglieder der SAZ ein in Riesengröße angefertigtes Mitgliedsbuch der Sozialistischen Arbeiterjugend, als Symbol dafür, daß sie endgültig mit dieser reformistischen Organisation gebrochen haben. Der von den Sozialdemokraten oftmals beschimpfte Genosse Walter Ehlen antwortete den Neueingetretenen in kurzen kernigen Worten und begrüßt sie im Namen der kommunistischen Jugendverbandes.

Mit einer wichtigen Rede des Jugendgenossen Barthel, Berlin, mit einem Feuerwerk, das Karl Liebknecht Bildnis mit der Mahnung: „Hinein in den kommunistischen Jugendverband!“ zeigte, schloß die eindrucksvolle Kundgebung.

Blutige Zusammenstöße zwischen Hindus und Mohammedanern. — In London, 3. September. Die Reuter aus Kalkutta berichtet, am es am Sonnabend in Pharagpur erneut zu Zwischenfällen zwischen Hindus und Mohammedanern, in deren Verlauf sechs Mohammedaner getötet wurden. Bomben wurden geworfen und mehrere Häuser in Brand gesteckt. Die von Kalkutta sofort entsandten polizeilichen Verstärkungen konnten die Ruhe erst wieder herstellen, als sie von der Schußwaffe Gebrauch machten.

Die werktätige Frau

Welche Lust Dienstmädchen zu sein

Und wenn es läßtlich gewesen ist, so ist es Mühe und Arbeit gewesen.

Wie sieht nun das Tagewerk einer Hausangestellten aus. Nach dem üblichen Markthandel versucht die gnädige Frau beim Arbeitsnachweis den geringsten Lohn zu bieten, um durch die Bemerkung: „Bei zufriedenstellender Leistung bin ich gern bereit, den Lohn zu erhöhen.“ als Köder das Mädchen zu fangen. Frühmorgens um 6 1/2 Uhr heißt es für die Hausangestellte aufstehen, während die „Herrschaften“ sich auf die andere Seite drehen. Nachdem man Feuer gemacht hat, Semmel und Milch geholt, läutet es schriil!

„Anna, warum kommen Sie denn nicht sofort, wenn man läutet?“ das ist gewöhnlich der Morgenruf. „Sofort gehen Sie mit Floßi herunter, daß sich Floßi aber bestimmt setzt, und Sie bleiben nicht länger wie 10 Minuten unter!“ Das ist der erste Morgenbefehl.

Da „Floßi“ keine Lust hat, sich auf Befehl zu setzen und etwas zu machen, dauert die Morgenpromenade länger als 10 Minuten. Mit mürrischem Gesicht wird „Anna“ empfangen.

„Sofort den Frühstückstisch bedecken!“ ist die nächste Anordnung. Inzwischen hat sich Floßi erlaubt, im Salon seine Visitenkarte abzugeben. „Anna, räumen Sie es weg! Warum passen Sie nicht auf, wo haben Sie denn bloß immer die Gedanken, wenn Sie mit Floßi hinuntergehen?“ Nach dem Abräumen des Frühstückstisches geht es ans Reinemachen der Wohnung, dann kommt das Servieren des Mittagstisches. Nach dem Essen halten die „Herrschaften“ Siesta.

Für die Hausangestellte allerdings ist eine Mittagsruhe ein Luxus, den man ihr nicht gestatten kann. Nachmittags muß das Mädchen verschiedene häusliche Arbeiten verrichten. Gegen 5 Uhr wird zum Abendbrot eingeholt, das selbe zubereitet und serviert. Nach Einnahme des Abendbrotessens heißt es Aufwaschen und mit „Floßi“ Abendpromenade machen. Wehe aber, wenn „Anna“ nicht zur vorgeschriebenen Zeit wieder oben ist.

Wie sieht der „freie Sonntag“ Annas aus? Alle 14 Tage ist ihr freier Tag. „Anna, nach dem Beden des Besperstisches können Sie gehen.“ Da die Herrschaften gegen 4 Uhr vespern, so kann nun Anna endlich gegen 5 Uhr das Haus verlassen. Mit den Worten: „Sie sind aber spätestens um 11 Uhr zu Haus.“ kann nun Anna gehen.

So vollzieht sich nun ein Tagewerk nach dem andern. Dafür gibt es den horrenden Lohn von 18—25 Mark monatlich, je nach Alter des Mädchens.

Wahrlich, ein „füßliches“ Leben führen doch die Hausangestellten. Infolge ihrer langen Arbeitszeit haben die Hausangestellten keine freie Zeit, sich gewerkschaftlich zu organisieren und zu betätigen. Wenn Anna dann zehn und noch mehr Dienstjahre bei einer Dienstherrschaft hinter sich hat, bekommt sie von der örtlichen Hausfrauenvereinerung eine silberne oder goldene Brosche „für treue Dienste“ verliehen. Für eine Brosche Jahrzehntelang ausgebeutet zu werden, Welch ein Lohn!

Wie wohl erst in einem Arbeiterstaat eine Grenze der Aus-

beutung der Hausangestellten gezogen werden kann, heißt es jetzt schon für die Hausangestellten, sich freigewerkschaftlich zu organisieren, um schon im Rahmen des Kapitalismus soviel wie irgend möglich zu erkämpfen. (Rbf.-Breslau.)

Mut und Energie führt zum Erfolg

Es ist eine Tatsache, daß Frauen sehr schwer in die Arbeiterbewegung einzubeziehen sind. Es muß aber auch gesagt werden, daß es heute noch viele Männer gibt, die den Frauen die politische Betätigung nicht gestatten. Sie sagen ganz einfach, die Frau gehört ins Haus, dort hat sie genug Pflichten zu erfüllen. Wenn sie diese alle gewissenhaft ausfüllen will, dann hat sie keine Zeit für andere Dinge. Mir ist es ebenso ergangen. Mein Mann hatte keinerlei Interesse für die politische Bewegung, und war auch kein Freund Sowjetrußlands. Bei solcher Einstellung ist es schwer, sich durchzusetzen. Mein Prinzip war, gleiches Recht für beide Teile. Danach habe ich gearbeitet und mit etwas Energie habe ich dieses auch erreicht. Ich

Ueber 100 000 Arbeiterfrauen haben in Schlesien und Oberschlesien die SPD gewählt. —

Hast du schon

mit ihnen über den Panzerkreuzer diskutiert?
Beim Kaufmann, im Konsum, auf dem Markt,
bei der Nachbarin, im Treppentflur —

Immer mußt du aufklären!

habe mich nicht etwa gezankt oder in Unfrieden gelebt, im Gegenteil, — ruhig und sachlich habe ich meine Rechte verteidigt. Wir sind über fünf Jahre verheiratet. Erst hatten wir den „General-Anzeiger“. Bei meinen Eltern habe ich ständig die „Arbeiter-Zeitung“ gelesen. Als ich nun zu der Einsicht kam, daß der „General-Anzeiger“ in unserem Haushalt nichts zu suchen hatte, war es mein Mann, der sich dagegen wandte. Auf meine Erklärung, daß ich genug Papier hätte, bestellte ich ihn einfach ab. Jedoch die „Arbeiter-Zeitung“ wollte er nicht haben und so blieben wir ohne Zeitung. Immer wieder versuchte ich meinen Mann zum Lesen der kommunistischen Presse zu veranlassen. Doch alle Versuche waren vergebens. Dann wurde ich Mitglied des Roten Frauen- und Mädchen-Bundes. Anfangs schien es, als ob der Teufel in unser Heim eingezogen

wäre. Ich setzte mich jedoch durch, und nach einiger Zeit gab er seinen Kampf auf. Als sich der Sturm gelegt hatte, trat ich in die kommunistische Partei ein. Jetzt wiederholten sich dieselben Szenen und Auftritte. Doch auch dieses ward überstanden. Damit war ich aber nicht zufrieden, denn ich wollte auch in meinem Mann einen Kampfgenossen haben. Da ich Funktionen übertragen bekam, war ich viel unterwegs. Wenn der Mann dieser Arbeit kein Interesse entgegenbringt, dann ist es sehr schlimm. Es galt deshalb, geschickt zu arbeiten. Der Erfolg ist auch nicht ausgeblieben. Mit Unterstützung einiger Genossen haben wir doch erreicht, daß mein Mann KJB-Kamerad wurde und nach einem weiteren halben Jahr füllte er mit Stolz den Ausnahmestellen für die kommunistische Partei aus. Was ich schreibe, ist nicht etwa eine Erzählung, sondern das sind Tatsachen. Wenn ich sie hier der Öffentlichkeit mitteile, so aus dem Grunde, um meinen Klassenkämpfern zu zeigen, daß sie nicht erlahmen, sondern mit aller Energie ihre Rechte gegenüber dem Manne verteidigen und mit Geschick erzieherisch auf den Mann einwirken. Wir dürfen uns durch die Hausarbeit nicht vom Klassenkampf abhalten lassen. M. D.

Die Arbeiterinnen der Konfektion im Kampf

Bei dem großen Kampf in der Herrenkonfektion spielen die Löhne der Arbeiterinnen eine große Rolle. Die Unternehmer wenden sich besonders gegen die Erhöhung der Frauenlöhne. Warum?

In der Herrenkonfektion ist gerade in der letzten Zeit, durch die Umstellung der Betriebe, durch die Einführung der Spezialmaschinen und des Fliessbandes eine übergroße Zahl von Frauen eingestellt worden. Immer mehr werden die Männer durch die billigen Arbeitskräfte ersetzt. Die Frauen und Mädchen sind durch ihr schlechtes Organisationsverhältnis, durch ihrer mangelhafte politische Schulung, durch die niedrigen Löhne für die Unternehmer willfährige und gute Ausbeutungsobjekte. Aus der Arbeitskraft der Arbeiterinnen haben die Kapitalisten den größten Teil ihres Profits herausgeschunden, mit dem sie immer neue Betriebe einrichten und immer bessere Maschinen einführen können.

Nun soll ihnen dieser Profit durch Erhöhung der Frauenlöhne geschmälert werden. Darum dieser hartnäckige Kampf.

Die Gewerkschaftsinstanzen haben nicht geschlossen den Kampf auf der ganzen Linie eröffnet. Sie wollen nur den Teufel, den die Unternehmer mit der Ausperrung beantworten. Heute noch wollen die reformistischen Gewerkschaftsführer die einheitliche Front gegen die Unternehmer nicht herbeiführen, deren Herstellung von der Opposition gefordert wird. Bei dieser Haltung der Gewerkschaftsleitungen haben die Konfektionarbeiterinnen allen Anlaß, auf dem Posten zu sein, damit nicht ihre Forderungen preisgegeben werden.

Aber noch stehen Tausende von Arbeiterinnen außerhalb der Organisation. Der falschen Politik der reformistischen Gewerkschaftsführer können sie nur dann wirksam entgegenzutreten, wenn sie in den Verband eintreten und sich dort der Opposition anschließen.

Darum: organisiert euch im Deutschen Bekleidungsarbeiterverband, stärkt die Reihen der Opposition! Wohl! Schluß mit der Sonderkündelerei und erkennt, daß dem geschlossenen Unternehmertum nur die geschlossene einheitliche Front der Arbeiter entgegenzutreten kann. Nur so kann im augenblicklichen Kampf die Arbeiterschaft einen Sieg davontragen.

Der Kommunistische Genossenschaftler

Monatliche Beilage zur Tagespresse der R.P.D.

Verbrecherische Kriegspolitik

In der internationalen Genossenschaftsbewegung gibt es keine politische Frage, die eine wichtigere Rolle gespielt hat, als die Kriegsfrage. Vor dem Weltkrieg hieß die These: daß die Genossenschaftsbewegung unter allen Umständen groß und stark genug sei, einem Krieg „wirksamen Widerstand zu leisten“ (Glasgow 1913). Ein Jahr später erlebten wir die verbrecherische Kriegspolitik der internationalen Genossenschaftsführer, die in ihren Vaterländern die Aushungerung der Massen organisierten, Verbedienst für Kriegsanleihe machten und sich mit ihrer Durchhaltepolitik das Lob der Bourgeoisie ihres Landes verdienten.

Mit zynischer Offenheit revidierten diese Herren Genossenschafts-Geschäftsführer ihr früheres Programm. Sie stellten schamlos fest, daß sie selbst zu den „größten Kriegsgewinnlern“ (Gilde) gehörten und daß ein „Verteidigungskrieg“ stets unterstützt werden müsse. (Basel 1921.)

In Deutschland beherrscht die Panzerkreuzer-Partei die Genossenschaftsbewegung. Sie hat den Kampf gegen den Krieg aus dem Genossenschaftsprogramm gestrichen, weil sie für den Krieg ist. Als ein Kommunist im vorigen Jahr auf dem Kongress in Essen über die Kriegsfrage sprach, wurde er sofort abgewürgt. Im Protokoll steht: „Handte versuchte sich mit der imperialistischen Kriegsgefahr zu beschäftigen. Er geriet dabei aber mit den Satzungen, der Geschäftsführung und dem Vorsitzenden in Konflikt und mußte die Rednertribüne verlassen“. Seit 1914 treiben die Sozialdemokraten erfolgreich ihre verbrecherische Kriegspolitik in allen Arbeiterorganisationen. Vor allem, um auch unter den Millionen Konsumvereinsmitgliedern, um erneut Kanonensfutter für ihre Imperialisten zu schaffen.

Unter diesen Millionen Genossenschaftsmitgliedern ist eine elementare Gegnerschaft gegen neue imperialistische Kriege, insbesondere bei den Frauen! Wenn wir in Deutschland im Konsum nicht die verdammte Bürokratieherrschaft hätten, sondern wirkliche Mitglieder-demokratie, wenn die Mitglieder regelmäßig ihre Vertretungsstellen-Versammlungen machen und das Mitgliederleben lebendig wäre und nicht tot, dann käme das deutlich zum Ausdruck.

In anderen Ländern lassen sich die Konsummitglieder die Bürokratieherrschaft nicht in diesem Ausmaße gefallen. Insbesondere in England rebellieren die Mitglieder gegen die kriegerischen Führer. Im vorigen Jahre auf dem englischen Genossenschaftskongress wurde angesichts des Abbruchs der Beziehungen mit Sowjetrußland eine Resolution angenommen, in

welcher vom „absoluten Widerstand“ gegen den Krieg die Rede ist.

Unter dem Druck ihrer ziemlich aktiven Mitgliedschaft steht sich die „Internationale Frauengilde“ (London-Wien), trotz sozialdemokratischer Führung, gezwungen, seit Monaten eine Kampagne gegen die Kriegsgefahr zu führen. Es ist interessant, daß diese genossenschaftlichen Frauengilden die einzigen waren, die sich von Anfang an hinter die Abrüstungsvorschläge der U.S.S.R. stellten. Sie führten in vielen Ländern eine Kampagne und forderten zum Studium und zur Unterstützung der Sowjetvorschläge vor. Trotz aller pazifistischen Belwehrs dieser Kampagne erkennen wir rückhaltlos ihre Bedeutung an. Das Ergebnis war, daß von 127 Organisationen in 14 Ländern (!) Zustimmungserklärungen zu den Sowjetvorschlägen kamen. Bekanntlich zitierte Genosse Litwinow diese Zustimmungen genossenschaftlicher Frauen in seiner Rede in Genf.

Eine Schande für die deutschen Konsummitglieder, daß sie sich von ihrer Geschäftsführerlique diese internationale Genossenschaftskampagne gegen den Krieg verheimlichen lassen und keinen

Anteil daran nahmen. Die Panzerkreuzerleute dulden keine Störung ihrer verbrecherischen Kriegspolitik, die Mitglieder stehen interessenlos beiseite und lassen es zu, daß Kommunisten mundtot gemacht werden.

Aber die imperialistische Kriegsgefahr wird von Monat zu Monat brennender. Auch die Genossenschaftsmitglieder müssen in ihren Massenorganisationen klare Kampfstellung nehmen!

Vor dem internationalen Genossenschaftsforum ist die Frage und ihre Lösung deutlich gestellt worden (Genf 1924 und Stockholm 1927). Daß die sozialdemokratischen Genossenschaftsführer sich zu neuem imperialistischen Kriegsdienst vorbereiten, wurde dort ebenso klar, wie die Tatsache, daß nur die Kommunisten wirklich gegen den imperialistischen Krieg kämpften. Ueberzeugend und wichtig waren auch der internationalen Genossenschafts-Tribüne die kommunistischen Reden und die praktischen Vorschläge, die die Sowjetdelegation vorlegte.

Das Gesamtwerk und Gesinnung von Heinrich Kaufmann darüber, daß die Kommunisten den Krieg niederzuschlagen wollen durch den Bürgerkrieg, ist begreiflich, bei all demjenigen, der schon ihre Hände in der Vorbereitung zum neuen Krieg gegen die U.S.S.R. haben. Für die breiten Arbeiter- und Bauernmassen in den deutschen Genossenschaften aber ist es die einzig taugliche Lösung, um der ständigen imperialistischen Kriegsgefahr endgültig ein Ende zu setzen.

Sozialdemokratische Parteiwirtschaft

Neues Urteil gegen die SPD-Bürokratie in Berlin

Schon wieder einmal wurde der reformistischen Leitung der Berliner Konsumgenossenschaft durch Urteil des Landgerichts Berlin vom 5. Juli 1928 ihr gesetz- und statutenwidriges Handeln bestätigt. Nachdem 1 1/2 Jahr kein geschäftlicher Aufsichtsrat bestanden hatte, mußten im Anschluß an die auf Grund eines Reichsgerichtsurteils stattgefundenen Neuwahl der Vertreter zur Generalversammlung zwei Drittel der Mitglieder des Aufsichtsrats neu gewählt werden. Hierbei wurden nun die im Statut vorgesehenen Fristen zur Einreichung der Vorschlagslisten nicht gewährt und die zwingenden Bestimmungen des Statuts bei der Wahl selbst außer acht gelassen. Ueber den Widerspruch der Opposition setzte sich die Bürokratie hinweg und es blieb kein anderer Weg, als die Wahl durch das bürgerliche Gericht für nichtig erklären zu lassen.

Mit der Neuwahl des Aufsichtsrats läßt man sich aber Zeit. Die Wirus und Länge machen sich wenig daraus, wenn die Berliner Genossenschaft keinen geschäftlichen Aufsichtsrat hat. Ob schon sie wissen, daß diese Körperlichkeit, die sich die Rechte des Aufsichtsrats anmaßt, keine für die Genossenschaft und für die Mitglieder rechtsverbindliche Beschlüsse fassen kann, hat diese auf Veranlassung der SPD-Spitzen die

Ausschlüsse gegen fünf oppositionelle Funktionäre eingeleitet.

Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß der Ausschluß der fünf Genossen erfolgen wird. Dabei wird aber kein bürgerliches Klassengericht eine solche Rechtsbeugung dulden können, wie sie die Reformisten zu begehen im Begriff sind. Aber was kann das die berufsmäßigen Spalter der Arbeiterbewegung stören. Ihre Aufgabe besteht ja in erster Linie darin, die proletarischen

Organisationen zu schwächen, damit die reformistische Unterstützung der Bourgeoisie keine Störung erleidet.

Das ist der Sinn der reformistischen Spaltungsarbeit in den proletarischen Organisationen. Die angeführten Ausschlußgründe sind auch dafür eine Bestätigung. Von den oppositionellen Genossen sollen politische Differenzen in die Genossenschaft getragen worden sein, indem die Einberufung von Versammlungen gegen die Beschränkung der politischen Geschäftsführung, der Kampf gegen die Hungerlöhne und Massensteuern, gegen die Besteuerung der Konsumvereine und die Unterstützung der Arbeiterkämpfe von ihnen gefordert wurde.

Deutsche Genossenschaftler in Sowjetrußland

Ende August sind 2 Genossen aus den Konsumvereinen Merseburg und Limbach von einer sechswohigen Reise aus Sowjetrußland zurückgekehrt. Zahlreiche Genossenschaften in Leningrad, Moskau, Kiew, Baku, Tiflis usw., wie auch ländliche Konsumvereine und landwirtschaftliche Genossenschaften haben sie besucht, ihre Einrichtungen besichtigt und ihre Entwicklung und Arbeit studiert. Es wäre zu wünschen, wenn sie das Ergebnis ihrer Reise einem großen Kreis von Genossenschaftler durch die Herausgabe eines ausführlichen Berichts zugänglich machen würden.

Internationaler Genossenschaftstag

Der Internationale Genossenschaftstag wurde auch in diesem Jahre wieder nur von einem Teil der Konsumvereine zur genossenschaftlichen Propaganda benutzt. Die Veranstaltungen in den unter reformistischer Leitung stehenden Vereinen standen im Zeichen der Geschäftsreflexe; günstigstenfalls hatte man ein Volksfest mit Feuerwerken veranstaltet.

Regenbogenfahnen und illusionäre reformistische Lösungen gaben den Veranstaltungen im allgemeinen das Gepräge. In Hamburg fand der Genossenschaftstag im Zoo statt und aus den einzelnen Stadtteilen marschierten die Teilnehmer geschlossen an. Die SPD-Führer verlangten — allerdings ohne Erfolg — die Entrollung der roten Fahnen und die Beseitigung der Transparente mit proletarischen Genossenschaftslosungen. Severing war als Redner in Hamburg und nutzte die Gelegenheit zur Propaganda für „Wirtschaftsdemokratie“ und „Klassenveröhnung“, ohne dafür aber bei den Hamburger Arbeitern Verständnis zu finden.

In einigen Konsumvereinen in Mitteldeutschland hatte der Genossenschaftstag einen proletarischen Kampfcharakter. Be-

Auch die Konsumvereine gehören in die Front gegen den Panzerkreuzerbau

Reichstagsanträge der R.P.D. zur Aenderung des Genossenschaftsgesetzes

Aufhebung des Verkaufsverbots an Nichtmitglieder

Die in der Augustnummer des „K.G.“ behandelten Anträge der kommunistischen Reichstagsfraktion haben nicht den Beifall der reformistischen Genossenschaftsführer gefunden. Von den Anträgen der kommunistischen Reichstagsfraktion, die die Beseitigung der Genossenschaften von der Umsatzsteuer usw., die Gewährung von Zollfreiheit für Getreide, Kolonial- und Agrarprodukte betreffen, hat die „Konsumgenossenschaftliche Rundschau“ überhaupt bis jetzt keine Notiz genommen. Das ist natürlich sehr verständlich. Man darf doch seinen sozialdemokratischen Freunden in der Reichsregierung keine Unannehmlichkeiten bereiten. Die reformistischen Instanzen des Zentralverbandes haben volles Verständnis dafür, daß die SPD-Minister im Interesse der Erhaltung des Friedens mit der Bourgeoisie nicht für die Beseitigung des Steuerrechts an den Genossenschaften eintreten können. Erst recht können sie sich nicht für die Zollfreiheit der GEG zur Einfuhr von Getreide usw. einsetzen. Und mit Rücksicht auf die Koalition muß ja die SPD-Fraktion im Reichstag sogar auf einen Scheinkampf verzichten wie sie ihn bei der letzten Zollserhöhung und der Herabsetzung des zollfreien Getreidekontingents zur Irreführung der sozialdemokratischen Wähler geführt hat.

Die beantragte Aenderung des Genossenschaftsgesetzes, durch die die §§ 8 Abs. 4, 31, 81, 149 und 152 beseitigt werden sollen, gefällt Herrn Raab aber auch nicht. Er ist sehr ungehalten darüber, daß die Genossenschaften garnicht gefragt worden sind und empfiehlt den Politikern, ruhig abzuwarten, „ob die Genossenschaften das Bedürfnis haben, bestehende, an sich gute Gesetze in Einzelheiten abzuändern“.

Die Kommunisten denken natürlich nicht daran, auf die Anträge von August Raab zu warten. Noch vor einigen Monaten hat Herr R. in der „Konsumgenossenschaftlichen Rundschau“ die Aufrechterhaltung des Verkaufsverbots an Nichtmitglieder gefordert. Dabei ist ihm aber sehr gut bekannt, daß die Händlerorganisationen mit Hilfe der §§ 8 Abs. 4, 31 und 152 des GEG die straf- und zivilrechtliche Verfolgung der Konsumvereine betreiben. Es ist höchst sonderbar, daß Herr Raab diese für die Konsumvereine nachteiligen §§ nicht beseitigt wissen will, wo selbst der Leiter des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine der Zentralumsabgeordnete Schlad, deren Aufhebung fordert.

Beseitigung des Ausnahmeregts

Die §§ 81 und 149 des Genossenschaftsgesetzes sind ebenfalls noch Ueberreste aus der Zeit des Sozialistengesetzes und stehen selbst mit dem Buchstaben der Verfassung der Republik im Gegensatz. Der § 81 droht den Genossenschaften die Auflösung an, wenn sie sich mit andern als den im § 1 genannten wirtschaftlichen Zwecken befassen und § 149 bedroht die Organe mit Strafen, wenn sie die Behandlung anderer Fragen in den Versammlungen zulassen. Seit 40 Jahren ist nun nicht eine einzige Genossenschaft auf Grund des § 81 aufgelöst worden und es ist uns auch nicht bekannt, daß eine Bestrafung von Genossenschaftsorganen nach § 149 erfolgt ist.

Die Konsumvereine, wie alle anderen Genossenschaftsorganisationen haben sich, und besonders auf ihren Tagungen, mit den Fragen der Wirtschafts-, Zoll- und Steuerpolitik des Staates beschäftigt, ohne das sich eine Verwaltungsbehörde gefunden hätte, den § 81 zu kwhingen. Aber weil dieser immer als Demoskieschwert über den Genossenschaften hing, haben die Führer des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine in früheren Jahren gegen dieses Ausnahmeregts gekämpft und dessen Beseitigung gefordert.

Doch seitdem die Genossenschaftsführer mit den Klassenfeinden des Proletariats einträglich zusammenarbeiten, wird von ihnen proletarisch eingestellten Konsumvereinen mit dem § 81 gedroht. Wenn in 40 Jahren der § 81 keine Anwendung gefunden hat, so muß aus dem bisherigen Vorgehen der reformistischen Instanzen gegen proletarisch geleitete Konsumvereine geschlossen werden, daß diese nicht davor zurückschrecken, die Verwaltungsbehörden mit dem Hinweis auf die §§ 81 und 149 zum Einschreiten zu veranlassen. Aber nicht für die Beseitigung dieses Ausnahmeregts gegen die Genossenschaften eintritt, der hat die Pflicht, dieses Ausnahmeregts zur Anwendung zu bringen. Eine Verschleierung dieser Absicht wird pedantisch sein. Die proletarischen Genossenschaftsmitglieder sollten überall von den reformistischen Führern ein eindeutige Antwort auf diese Fragen fordern.

In den Generalversammlungen

nehmt Stellung gegen Panzerkreuzerbau und imperialistische Kriegsgefahr zur Unterstützung der Arbeiterkämpfe zu den Genossenschaftsanträgen im Reichstag

sonders erwähnenswert ist die Veranstaltung des Dessauer Konsumvereins, der gleichzeitig sein 25 jähriges Bestehen feierte. Es gelangte durch die „Rote Agitatorbühne“ Halle eine Konsum-Neue mit großem Erfolg zur Ausführung. In 20 Bildern wurden die proletarischen Aufgaben mit wichtiger Werkkraft gezeigt.

Breslau

Wchtung, erwerbslose Parteigenossen und NSD.-Kameraden!

Am Donnerstag 15 Uhr findet im „Turmhof“, Neue Antonienstraße, eine wichtige Sitzung statt, zu welcher jeder erwerbslose Parteigenosse und NSD.-Kamerad unbedingt erscheinen muß.

Ebert auf der Briefmarke

Ein großes Heil ist den Sozialdemokraten widerfahren. Nachdem man sie vor Jahren tödlich beleidigte, weil man den „Alten Fritz“ auf die Zehnspennigmarke brachte und von ihnen diese „Verhöhnung“ der Republik mit dem Led-Streit beantwortet wurde, hat sich die Postbehörde wieder zur Republik bekannt. Von der Post wird ab 1. September eine Reichspräsidenten-Serie herausgegeben, deren Marken admetend die Bilder von Friedrich Ebert und Hindenburg tragen sollen. Die Verlegenheiten, in die damals die Sozialdemokraten gestürzt wurden, weil sie es ablehnten, den „Alten Fritz“ am 1. zu leihen, sind aber jetzt noch größer geworden; denn, o Schreck, nur die Marken zu 8, 10, 20, 30, 45 und 60 Reichspennig sind mit dem Bilde Eberts geziert, während die Marken zu 5, 15, 25, 40, 50 und 80 Reichspennig das Bild Hindenburgs aufweisen. Wie werden nun die Sozialdemokraten einen Brief, der 15 Pfennig Porto kostet, frankieren? Eine Hindenburg-Marke zu 15 Pfennig entspricht doch nicht dem Ehrgefühl eines treuen Republikaners. Eine Marke zu 10 Pfennig mit Ebert und eine zu 5 Pfennig mit Hindenburg? Das sieht auch sehr schlecht aus. Es wird also nichts anderes übrig bleiben, als fünf Marken zu 3 Pfennig auf den Brief aufzupappen, damit die Ehre des Republikaners gewahrt bleibt. Wir empfehlen der Post, sich auf eine Hauße in 3-Pfennig-Marken einzurichten, damit sie den Anforderungen, die von sozialdemokratischer Seite gestellt werden, auch nachkommen kann.

Die nachrückenden Stadtverordneten

Durch die Wahl zu unbesetzten Stadträten sind aus der Stadtverordnetenversammlung ausgeschieden der Genosse Ammon, von den Sozialdemokraten Gukaw Scholz, Hans Plesig und Robert Wohlmeier sowie der Deutschnationaler Friese. An ihre Stelle treten der Genosse Reim, die Sozialdemokraten August Klose, Paul Herstein und der frühere Stadtrat und jetzige Landesrat Fritz Tisch sowie der Deutschnationaler Eugen Urbach.

Wichtig für Freidenker

Die Einladung zu der Freidenkerversammlung am Mittwoch, dem 6. September, um 20 Uhr, im Gewerkschaftshaus, ist nicht allen Mitgliedern zugegangen. Wir machen deshalb hiermit auf den Besuch aufmerksam.

Spielbeginn der Theater

Stadttheater

„Jauberslste“

Die Eröffnungsvorstellung des Stadttheaters brachte eine Neueinstudierung der „Jauberslste“, eine vorbildliche, für die neue Spielzeit Gutes erwartende Vorstellung.

Dr. Grafs Spielleitung machte das Werk Mozarts wieder fesseln und lebendig. Professor Wildermanns Bühnenbilder waren interessant durch ihre Neuartigkeit, nur die niedrigen Bauten waren etwas deplaciert, man dachte eher an Zentral-Afrika als an das durch Pyramide und Sphinx angebaute ägyptische Nillien. Richard Lert dirigierte Schwungvoll und formvollendet.

Eine Reihe neuer Solisten stellte sich erstmalig dem Publikum vor. Willi Frey als figürlich und stimmlich gewinnender Laminio errang sich schnell die Sympathien der Zuhörer, die durch lebhaften Sonderapplaus zum Ausdruck gebracht wurden. Rose Fichtinger als Pamina, Ingeborg Helmer gab der Königin der Nacht technisch glanzvollen Ausdruck. Leo Weith war ein schlichter und angenehmer Papageno. Rose Holz als herzhafte und reizende Papagena, Hans Schlich als Sarastro. Zum Schluß gab es stürmischen Beifall.

Lobe-Theater: „Hokuspolus“

Einer vom Bau, der Schauspieler und Theaterdirektor Curt Goeß hat die Idee eines Theaterdirektors, der volle Häuser nur mit knalligen Reizern ergießen kann, mit Galgenhumor geschildert und ein zeitgemäßes Kriminalstück zwischen ein Vor- und Nachspiel eingebaut. Besonders gelungen ist die Verhöhnung der „beweisungskraftigen“ Inbizien und der bürgerlichen Justiz. Allerdings kein aggressiver, an den Grundlagen der verfaulenden bürgerlichen Gesellschaft rüttelnder, sondern ein gutmütiger Spott, den der Bürger belacht und stürmisch beifallt.

Die Handlung selbst gibt dem Publikum die jetzt so beliebten kriminalistischen Kreuzworträtsel auf und überrascht durch einen Schlusseffekt, der den des Hegers noch übertrifft. Es ist daher nicht schwer zu prophezeien: Dieser Hokuspolus wird der Schlager der Saison werden! Denn was will dieses Publikum, das am Sonnabend das Lobe-Theater bis zum letzten Platz füllte, anderes vorgelesen haben als Hokuspolus?

Der neue Regisseur Max Dohals gab dem flachen Stück den nötigen Schwung. Scherzer erst als zwischen Hoffnung und Verzweiflung schwebender Theaterdirektor, dann als edle Leidenschaften markierender Verteidiger; Frank als der Unberücksichtlicher (Maler, Ein- und Ausbrecher, Fesselungs- und Entfesselungsstürker) und die mit großer Zurückhaltung spielende charmannte Frau Dietrich in der Hauptrolle machten aus dem „Hokuspolus“ jenen begehrten Erfolgsroman, den das Theater so lange brauchen wird, bis das aufstrebende Proletariat dem ganzen bürgerlichen Hokuspolus ein Ende bereitet.

Kino

Apollo-Lichtspiele. „Onkel Toms Hütte.“ Ein Film nach dem Roman „Onkel Toms Hütte“ von Beecher Stowe, der eines der unsterblichsten Kapitel der menschlichen Zivilisation behandelt. Unägliche Leiden mußten die gequälten Regier erdulden, und heute noch, nachdem man ihre Befreiung aus der Sklaverei durchgeführt hat, gelten sie als Menschen zweiter Klasse. Die Handlung bringt oft ergreifende Szenen, die darstellenden Regier geben ihr Bestes und lassen so ein ziemlich naturgetreues Bild der damaligen Zustände entstehen. — Von Dienstag bis Donnerstag: „Die Sandgräfin.“

Obertor-Lichtspiele. „Die Sandgräfin.“ Die Geschichte eines alten, erbitterten Streites zwischen einem alten Adelsgeschlecht und dem alten knorrigen Bauern, der die Leiden seiner Vorfahren rächen will. Er tauft die Waise des Grafen auf und will ihn von Haus und Hof jagen. Durch seinen heimkehrenden Sohn, der um die Tochter des Grafen, die schöne Sandgräfin (Christa Lörz) freit, wird der tödliche veröhnende Abschluß erreicht. Unter den Darstellern ragt

Wie die Breslauer Stadtmision aus Lumpen Kapital schlägt

Breslau, den 5. September 1928.

Bereits des öfteren haben wir uns mit der Breslauer Stadtmision beschäftigt. Bar es bisher die Obdachlosenarbeitsstätte am Sobelschwingsweg, so wollen wir heute die auf demselben Gelände untergebrachte „Brodensammlung“ etwas näher betrachten. Tagtäglich fahren dort drei bis vier vollbeladene Wagen vor, auf denen sich allerlei Sachen befinden, Möbelstücke, Bekleidungsgegenstände, Wäsche, Hausrat usw. Diese Gegenstände sind von überall zusammengeholt. Gegeben werden diese Sachen von Leuten, die glauben, durch die Weggabe von schadhafte oder überzähligen Gegenständen an die Stadtmision armen Leuten eine Freude zu bereiten. Wohlgemerkt, die Stadtmision erhält alles geschenkt. Weitere Unkosten durch das Abholen entstehen ihr auch nicht, denn die Abholer sind alles Leute, die in der Obdachlosenarbeitsstätte untergebracht sind. Was macht nun die Stadtmision mit den geschenkten Gegenständen? Bringt sie sie an die Armen der Stadt unentgeltlich zur Verteilung, wie es wohl die Spender erwarten? Nein, denn das würde doch nicht den Grundzügen der christlichen Nächstenliebe und der Wohl entsprechen, die da sagt: „Wer zwei Röde hat, der gebe dem einen, der keinen hat.“ Nein, die Stadtmision treibt mit den geschenkten Gegenständen einen schwinnghaften Handel.

Sehen wir uns das Handelsgeschäft dieser frommen Christen etwas näher an. Nachdem die Sachen von den Wagen geladen sind, werden sie zunächst sortiert und dann in die einzelnen Abteilungen gebracht. Folgende Abteilungen sind eingerichtet: 1. Männer-, Frauen- und Kinderbekleidung sowie Wäsche; 2. Küchengeräte, Lampen usw.; 3. Wisber, Gardinenstangen usw.; 4. Bücher usw.; 5. Möbel. Außer den Matratzen, die etwas aufgeflickt werden, werden die Sachen so, wie sie gebracht wurden, verkauft. Es dürfte interessieren, welche Preise man verlangt. So werden gefordert für: eine alte Kommode . . . 3,— Mark einen waazigen Tisch . . . 3,— „ einen Küchensstuhl . . . 1,50 „ Matratzen . . . 3—7 „ eine Tischlampe . . . 1,75 „ eine Kartoffelmühle . . . 1,50—3,— „ usw.

Wenn man bedenkt, daß die Gegenstände schon jahrelang im Gebrauch waren und durchweg einer Reparatur oder zumindestens einer Aufrechterhaltung bedürfen, so sind die geforderten Preise unverschämlich hoch.

Weiber zwingt aber die Notlage große Teile der Breslauer Arbeiterschaft dazu, anstatt neuer Sachen alte, gebrauchte zu kaufen.

Dafür, daß die Käufer ihr gutes Geld für alten Klumper hingeben müssen, werden sie aber noch angezogen. So erwiderte die Verkäuferin einer jüngeren Arbeiterin, die ein Jackett erstehen wollte, welches ihr aber über den Leib zu eng war: „Was essen Sie soviel Kartoffeln.“ Einem alten Vater, der einen Hocker kaufen will, aber nur 40 Pfennig anstatt der geforderten 60 Pfennig zahlen kann, wird die Antwort: „Na, da lassen Sie es eben sein.“ Ein Erwerbsloser findet den Preis für ein Möbelstück zu hoch. „Wenn Sie erwerbslos sind, müssen Sie eben nichts kaufen“ ist die ganze Antwort. Das sind einige Proben von den höflichen Umgangsformen, die man dort pflegt. Mancher Käufer wäre gern umgebracht, wenn ihn nicht die Not zwänge, für den unbedingt erforderlichen Gegenstand den geforderten Preis zu zahlen. Reht sich aber einer der Käufer auf über die Bucherpresse und die Umgangsformen, dann werden ihm Präge, mit denen man dort sehr schnell bel der Hand ist, angeboten mit der Bemerkung: „Hier haben wir zu bestimmen.“

Wir möchten nun der Öffentlichkeit einige Fragen unterbreiten: Was geschieht mit den Beträgen, die aus den Verkäufen einkommen und die, wenig gerechnet, mehrere hundert Mark an jedem Verkaufstag ausmachen? Welchen „Armen“ werden diese zugeführt? Bezahlt die Stadtmision für ihren Handel auch Steuern und wieviel? Hört „Stadtmisionar“ Gelder mit dem echt arischen Bobandbart, vielleicht äußern Sie sich mal dazu.

Wenn wir diese Zustände an den Pranger stellen, so tun wir dies nicht aus Sensationslust, wie es die bürgerliche Presse macht, die von Wichtigkeiten spaltenlange Berichte bringt, sondern uns ist es darum zu tun, der christlichen Wohlfahrt die heuchlerische Larve vom Gesicht zu reißen. Gerade die christlichen Wohlfahrtsverbände, ob katholisch oder evangelisch, sind es, die jedes Jahr vom Staat und den Gemeinden sowie der Öffentlichkeit riesige Summen zur Ausübung „christlicher Nächstenliebe“ erhalten, sich aber außerdem ihre Nächstenliebe von den Hülfsuchenden bezahlen lassen. Die Arbeiterschaft hat bisher diesem Gebiet wenig Aufmerksamkeit geschenkt. Wie notwendig dies ist, beweisen die von uns veröffentlichten Fälle. Wir werden uns in Zukunft noch weiter mit derartigen „Wohlfahrts“-Einrichtungen beschäftigen, bitten aber unsere Leser, uns hierbei mit Material zu unterstützen.

Obdachlose!

Am Freitag, um 19 Uhr, findet in den Subertusjalen, Friedrich-Wilhelmstraße 32, eine Versammlung aller Obdachlosen mit den Westendbaracken, Nstl Magazinstraße, Baracken Lohestraße usw. statt. Obdachlose, erscheint zahlreich zu dieser Versammlung.

Albert Steinrück durch seinen prächtigen Bauern hervor. — Von Dienstag bis Donnerstag: „Bank.“

Weltkühne. Die Liebesabenteuer des schönen Luciano! Ein lustiger und amüsanter Film, bei dem jeder Zuschauer auf seine Rechnung kommt. Besonders leistet der wirkliche Komiker Ralf A. Roberts, Die Aufführung der drei lustigen Wild-West-Schlager wäre besser unterblieben.

Brand in der Leichstraße. Gestern um 20,45 Uhr wurde die Feuerwehr nach der Leichstraße alarmiert, wo im Hause der Firma Hamburger, Herrenkonfektion, in der ersten Etage Feuer ausgebrochen war. Wie der Brand entstanden ist, konnte noch nicht ermittelt werden. Drei Vöschlinge waren angerückt.

Die Leiche eines neugeborenen Kindes wurde am Montag in der Ober bei der Schlesiischen Dampferkompanie gefunden.

Bei einem Zusammenstoß eines Motorradfahrers und einer Radfahrerin in der Strehlener Straße erlitt die Radlerin so schwere Verletzungen, daß sie benutzlos liegen blieb. Sie wurde im Frankentauto nach dem Wenzel-Hande-Krankenhaus geschafft. — Eine Frau, die am Ohlauufer von einem Lieferwagen umgefahren wurde, wurde leicht verletzt.

Zwei Unfälle ereigneten sich gestern früh dicht hintereinander an der Ecke Friedrich-Wilhelm-Straße und Zahustraße. Ein Radfahrer wurde gegen 8 Uhr von einem Geschäftsauto umgerissen und überfahren, wobei ihm ein Vorderrad über das linke Bein ging. Er trug glücklicherweise keine schwere Verletzung davon, doch mußte er die Unfallstation aufsuchen. Gleich darauf schenkte ein Pferd an derselben Stelle und schleuderte eine junge Radfahrerin vom Rade.

Bei der Fischberg-Jahrt hat ein Kamerad die Mütze verloren. Abzugeben in der Expedition der „Arbeiter-Zeitung“ oder im Kameradischabend der Abteilung 3.

Mittelschlesien

Trebnitz. Ein Attentat. Auf den Kaufmann Karl Köchel von hier wurde gestern in Donnowitz, wo er geschäftlich zu tun hatte, von einem bei ihm wohnhaften, zurzeit stellungslosen Gärtnergehilfen ein Attentat verübt. Der junge Mann überreichte ihm einen Brief und schob dem Kaufmann, während er las, eine Kugel in den Kopf. Der Schwerverletzte konnte auf seinem Motorrad noch bis nach Trebnitz fahren, mußte aber hier sofort ins Johanner-Krankenhaus geschafft werden. Der Attentäter stellte sich selbst der Polizei, als er sah, daß Köchel nicht tot war. Der Beweggrund zur Tat ist noch unklar.

Gantzh. Neue Krastpoßverbindung von Gantzh nach Neumarkt. Die Oberpostdirektion teilt mit: Vom 4. September ab wird an jedem Dienstag eine neue Krastpoß von Gantzh über Polsnitz und Radschütz nach Neumarkt verkehren: ab Gantzh Bahnhof 9,45 Uhr, an Neumarkt 10,48 Uhr; ab Neumarkt 11,10 Uhr, an Gantzh Bahnhof 12,13 Uhr. Die Fahrten haben in Gantzh und Neumarkt Anschluß an die Eisenbahnzüge.

Wettbau. Reinfall der Panzerkreuzer sozialisten. Für den 1. September hatten die Panzerkreuzer sozialisten eine große Versammlung nach hier einberufen und sich als Referenten den in der Arbeiterschaft „rühmlich“ bekannten Lehrer Faulhaber aus Breslau berufen. Faulhaber kam auch, aber wer nicht kam, das waren die Arbeiter, die keine Lust haben, sich von der SPD nochmals einseifen zu lassen. Die wenigen Anwesenden bestanden nur aus den Mitgliedern der hiesigen Ortsgruppen, denen nun Faulhaber auseinanderlegte, wieviel schlaube Rächte ihm der Beschluß seiner Genossen Minister in der Panzerkreuzerfrage eingebracht habe. Natürlich verwarf er in seinem Referat nicht die wüste Kommunifizierte, bei denen die Sowjetregierungen nicht fehlen durften. Bezeichnend für die Stimmung unter den Arbeitern ist der Umstand, daß die Versam-

lungen der SPD in den früheren Jahren stets überfüllt waren, heute kommen aber noch nicht einmal die Mitglieder zu einer öffentlichen Versammlung. Den Arbeitern aus Mettau und Umgegend rufen wir zu: Ihr habt den erneuten schändlichen Verrat der SPD in der Panzerkreuzerfrage gesehen. Bleibt daraus eure Konsequenzen und tretet bei der kommunistischen Partei! Werdet Leser der „Arbeiter-Zeitung“!

Untergautreffen in Ohlau. Alle Parteigenossen, Parteigenossinnen und Sympathisierenden, welche sich am Untergautreffen in Ohlau am Sonntag, dem 9. September, beteiligen, fahren mit Auto. Fahrpreis 60 Pfennig. Einzeln frei ab 17 Uhr bei Schneider, Rosenstraße, und bei Genossen Rinne, Salzstraße 7.

Versammlungskalender

Wchtung! Fahrt nach Neusalz!

Zur Fahrt zum Untergautreffen nach Neusalz können sich noch einige Teilnehmer melden. Fahrpreis 2 Mk. Meldungen bei Erich Ludwig, Ursulinerstraße 16.

Kommunistischer Jugendverband

Breslau. — Süd. Mittwoch 20 Uhr öffentlicher Gruppenabend bei Janke, Friedrichstraße 41. Gäste willkommen.

Viebau. Jeden Mittwoch 20 Uhr Heimabend. Sammelplatz am Tunnelende. Pünktliches Erscheinen erwünscht.

Jung-Spartakus-Bund

— Süd, Zentrum. Mittwoch 18 Uhr Heimabend bei Janke, Friedrichstraße 41. Gäste willkommen.

— West. Donnerstag 18 Uhr Heimabend bei Janke, Marlannenstraße 7. Gäste willkommen. Pioniere, welche mit nach Ohlau fahren wollen, müssen unbedingt erscheinen.

— Nord. Heute 16,30 Uhr in der „Stadt Ranslau“, Matthiasstraße. Kapelle vollständig zum Leben mit Instrumenten. Donnerstag 17 Uhr Heimabend „Stadt Ranslau“. Fahrgeiß nach Ohlau mitbringen. Hin- und Rückfahrt 1,30 Mark. Pioniere unter zehn Jahren 70 Pfennig.

Roter Frontkämpfer-Bund

Breslau. — Abt. 2. Fahrgeiß nach Wartenberg 60 Pfennig. Einzählungsfrist bis Freitag bei Casper, Schwendefeldstraße 32.

Sonstige Organisationen

Breslau. Rote Hilfe, Ost. Donnerstag 20 Uhr im Lokal „Wobstschloß“, Wobststraße 12, Mitgliederversammlung. Referent anwesend. Mitgliederbuch mitbringen.

Rote Hilfe, Bezirk Breslau-West. Generalmitgliederversammlung am Mittwoch 19,30 Uhr im Lokal „Blauer Eck“, Frankfurter Straße.

Rote Hilfe, Ortsgruppe Görlitz. Donnerstag 20 Uhr Funktionärsitzung bei Genossen Plehse, Spremberger Straße 10.

Wüstegiersdorf. Rote Hilfe. Donnerstag 19,30 Uhr Mitglieder-

(Schluß des redaktionellen Teils.)

Indianer kommen nach Breslau. Sarraiani, der am 18. September in Breslau sein Gastspiel beginnen wird, hat mit der „Wohlpalia“ eine Truppe nordamerikanischer Indianer bekommen. Die Vorgeschichte dieses Indianer-Transportes ist sehr interessant. Sarraiani hat seit mehr als zwanzig Jahren ein Indianer-Ensemble, er ist der einzige Europäer, dem die Regierung in Washington gestattet, Indianer, die in den U. S. A. als ethnographische Kostbarkeiten sorgsam gebüet werden, über den Atlantischen Ozean nach Europa zu bringen. Diesmal hat Sarraiani seine Cowboys direkt in das Indianer-Territorium von Oklahoma geschickt, um den hundertjährigen Hauptling „Weißer Büffel“ zu holen, der 1926 mit seinem Kriegern bei Sarraiani war. Er wollte gern wieder zu seinem Freunde Sarraiani kommen; aber den Intrigen gewisser Konkurrenz gelang es, Blau Corn von der Reise nach Europa zurückzuhalten. Sarraiani's Cowboys zogen also in andere Indianer-Territorien und kamen nach Süd-Dalota, allwo im liebsten Pine Ridge die Jagdbühne des Sioux-Hauptlings „Weißer Lujalo“ liegen, der 1914 bei Sarraiani war. Sogleich entschloß er sich, mit einer Schar seiner Männer der Einladung Sarraiani's zu folgen. Und so kam Sarraiani zu seinen Indianern, die er nun in allen seinen Vorstellungen im Rahmen einer großen Wild-West-Pantomime auftreten läßt.

Waldenburger Bergland

Schweidnitzer Metallarbeiter gegen Panzerkreuzertours

Am Freitag nahm eine Mitgliederversammlung der Metallarbeiter u. a. Stellung zu der Kasserung der oppositionellen Mandate zum Reichstag in Damburg und zum Panzerkreuzerbau. Zu beiden Fragen wurde je eine Entschließung angenommen. Die erste protestiert gegen die Kasserung der oppositionellen Mandate. Die zweite lautet:

„Die Versammlung des Deutschen Metallarbeiterverbandes Schweidnitz protestiert auf das Entschiedenste gegen die Zustimmung der Reichsregierung mit Einschluß ihrer sozialdemokratischen Vertreter zum Bau des Panzerkreuzers A. Sie sieht in diesem Bau, wie im gesamten Flottenprogramm in der Höhe von 500 Millionen Mark die Vorbereitung des Krieges und eine wesentliche Verschlechterung der wirtschaftlichen und sozialen Lage der arbeitenden Massen.

Mit diesem Grunde begrüßt die Versammlung die Herbeiführung eines Volksentscheides gegen die Rüstungspolitik der deutschen kapitalistischen Klasse und verspricht, geschlossen die Arbeit für den Volksentscheid zu unterstützen. Sie richtet zugleich die Aufforderung an alle Arbeiterorganisationen, ihrem Beispiele zu folgen.“

Der Ruf der Schweidnitzer Metallarbeiter darf nicht ohne Antwort bleiben. Ueberall, in allen Gewerkschaften, in allen Betrieben müssen die Arbeiter beschließen, mit allen Kräften gegen die Rüstungspolitik der deutschen Kapitalisten zu kämpfen.

Grubenbesitzer in Ungen

Dieser Tage hatte ein Kumpel Gelegenheit, ein Gespräch zwischen einem Bergverwalter und Fahrsteiger zu belauschen.

Bergverwalter: Na, da werden wir wieder einmal Lohnverhandlungen haben.

Fahrsteiger: ... und die Leistung wird zurückgehen!

Bergverwalter: Wir werden schon dafür sorgen, daß sie nicht zurückgeht.

Fahrsteiger: Na?! Aus den Gesprächen mit den Leuten weiß ich, daß sie sehr erbittert sind. Sie sind der Meinung, diesmal müsse bestimmt eine wesentliche Lohnhöhung stattfinden.

Bergverwalter: Die Kommunisten wollten ja sogar 90 Prozent der Ruhrlohne fordern. Diese Verrücktheit! Nur gut, daß der Bezirksleiter Hoffmann vernünftiger ist. Dann seinem Einfluß sind die Forderungen wesentlich ermäßigt worden.

Fahrsteiger: Für die Gruben sind aber auch die 15 Prozent nicht tragbar. Freiwillig wird kein Pfennig zugelegt. Und deshalb befürchte ich, daß wir diesmal doch einen Streik haben werden.

Bergverwalter (erschrocken): Streik?!

Fahrsteiger: Ja, Streik.

Bergverwalter: Nein, so weit darf es nicht kommen. Die Grubenbahn brechen zusammen. Wer soll den Schaden tragen? Der Reichsarbeitsminister wird den Streik nicht zulassen.

Fahrsteiger: Na, ein Sozialdemokrat?

Bergverwalter: Nach dem Panzerkreuzerbeschuß hat man keine Veranlassung, pessimistisch zu sein. Die SPD-Minister erweisen sich als durchaus brauchbare Realpolitiker.

Die „Bergwacht“ und die Dittersbacher Kommunalpolitik

Jedem Arbeiter und besonders den Anhängern der Sozialdemokratie wird hiermit empfohlen, die Berichte der „Arbeiter-Zeitung“ sowie der „Bergwacht“ über die letzte Gemeindevertretung in Dittersbach gegeneinander zu halten, dann werden sie sich ein Urteil bilden können, wo der Kasperl am besten angewendet wird. Die „Bergwacht“, das Blatt der Partei der „geistigen Waffe“ (???) kann von keiner anderen Zeitung, was Gemeinheitsverbände, Wertlos sein.

Im Nachstehenden soll einmal auf die „Bergwacht“-Argumente eingegangen werden. Die kommunalistische Fraktion hat zum Haushaltsplan dem sozialdemokratischen Gemeindevorsteher Köppler die Möglichkeit gegeben, mit einem fertigen Arbeitsplan vor den Regierungsstellen zu verhandeln, um höhere Staatszuschüsse entsprechend den ausgelegten Mehrleistungen der Gemeinden herauszuholen. Das Resultat war gleich Null; denn auch der SPD-Finanzminister Hilferding hat kein Verständnis für die Räte der Waldenburger Kumpels. Hätten wir den Haushaltsplan abgelehnt, wäre in der „Bergwacht“ bestimmt ein Artikel erschienen mit der brillanten Überschrift: „Kommunisten und Bürgerliche in einer Front!“ Und es hätte dann sicher weiter geheißen: „Die Kommunisten haben uns die Möglichkeit genommen, auf dem Verhandlungswege größere Staatszuschüsse zu erlangen, was ja nur möglich war, falls ein fertiger Arbeitsplan vorlag. Steuerliche Erleichterungen wären, gestützt auf die einflussreichen Ministerpräsidenten, die wir, die SPD, innehaben, möglich gewesen.“ Und viele Einwohner wären auf diese Agitation hereingefallen. In diese Schlinge, die in den Kommunisten gelegt wurden, sind wir allerdings nicht hineingefallen. Die Einwohnerschaft ist um eine Erfahrung reicher, was sie von derartigen Illusionen zu halten hat, denn auch nicht die geringste Steuerermäßigung ist herausgekommen.

Und nun zu den Panalogen: Hier sei folgendes gesagt: Der Gemeindevorstand setzte sich wie folgt zusammen: Ein Bürgerlicher (Schölzel), drei SPD (Weiß, Geißler und Gemeindevorsteher Köppler). Die drei ersten Weiß und Geißler stimmten dagegen, Schölzel und Gemeindevorsteher Köppler dafür. Einmütig: 2:2, wobei die Stimme des sozialdemokratischen Gemeindevorstehers Köppler entschied. Jeder Kommentar hierzu überflüssig.

Wichtig: Der Antrag des Konsumvereins: Warum verweigert der Berichtshalter, daß es sich um den bürgerlichen Konsumverein handelt? Diesem hat allerdings die kommunalistische Fraktion die Gemeindevorstellung abgelehnt. Zum Antrag des Lammerichs sei festgestellt: Im vorigen Jahre erklärte Gemeindevorsteher Köppler, dem Unternehmen diene die Bezeichnung „Lagerhaus der Waldheimstätte“ nur als Umhängeschild. Entsprechend dieser Feststellung wurde der Antrag damals abgelehnt. Die kommunalistische Fraktion ist auch heute noch der selben Meinung, da das Programm absolut rigoreuse Tendenz zeigt.

Bau-Polizei: Jeder ehrliche Revolutionär wird nur mit dem Schwere als System ablehnen, weil ihm die Vergangenheit gelohnt hat, daß in jedem Kampfe, den die Arbeiterschaft geführt hat, die Polizei eingesetzt wurde um die Profiteure mit brutalen Methoden niederzuschlagen. Die Kommunisten mußten ablehnen, da zwei an-

lässige Nachhilfpolitiken ihre Entlassung angestellt bekamen und der hierfür angegebene Grund nicht stichhaltig sein dürfte. Zum Schluß: Die „Bergwacht“ schreibt: Genosse Schulz, Schwabronier für fünf. Dazu sei festgestellt: Genosse Schulz hat in sehr sachlicher Weise und vor allen Dingen in kurzen Worten die Stellungnahme der SPD kundgegeben. Wer etwas anderes behaupten will, ist ein Schwabronier. Andererseits muß festgestellt werden, daß Gemeindevorsteher Köppler bei der Auseinandersetzung über Erhebung von Kanalgebühren Genossen Fürst antrepelle und Genosse Schulz sich das als Sprecher der Fraktion verbat, worauf Köppler einen Kasernenhof ansetzte, der entschieden zurückgewiesen werden muß. Die Vertreter der Gemeinde werden wohl noch das Recht haben, Beleidigungen zurückzuweisen. Wir möchten Herrn Köppler das Buch Knigges, „Umgang mit Men-

Niederschlesien

Ruf zum Roten Treffen in Alesch

Die ununterbrochene Hege der Zweiten Internationale richtet sich gegen den einzigen Fort des Friedens, die Sowjetunion. Wir als Klassenbewußte revolutionäre Arbeiter müssen mit verstärkter Kraft den Kampf gegen Krieg und Kriegsgefahr aufnehmen. Die Massen des indifferenten Proletariats müssen wachgerüttelt werden. Sie müssen zur Erkenntnis gebracht werden, daß der Kampf gegen Krieg und Kriegsgefahr zugleich der Kampf gegen die kapitalistische Gesellschaftsordnung ist, und daß, solange eine kapitalistische Gesellschaftsordnung besteht, es immer Kriege geben wird. Lenin sagte: „Eine unterdrückte Klasse, die nicht danach strebt, Waffen zu kennen, sich in Waffen zu üben und Waffen zu besitzen, eine solche unterdrückte ist nur wert, unterdrückt, mißhandelt und als Sklave behandelt zu werden.“

Vertätigte Bevölkerung, heraus am 8. und 9. September zum Roten Treffen in Alesch!

Gegen imperialistischen Krieg und Kriegsgefahr!
Für die Verteidigung der Sowjetunion!
Gegen Reaktion und Faschismus!
Für die wirtschaftlichen Forderungen der arbeitenden Jugend!
Gegen die verräterische Haltung der sozialdemokratischen Führer!
Für den Volksentscheid gegen Panzerkreuzerbau!

Penzig

Prügelstrafen bei der Firma Gebr. Puzler!
Seit Februar dieses Jahres sind bei der Firma Gebr. Puzler (Glasfabrik) einige Jungarbeiter aus Hindenburg OS. als Einträger sowie Kübelmacher beschäftigt. Selbst wurden im Frühjahr, weil im Sommer Einträger und Kübelmacher in der Glasfabrik gewöhnlich fehlen, unter großen Versprechungen nach Penzig geholt. Da nun der Sommer zu Ende geht, und die Konjunktur vielleicht nicht mehr so ist wie im Frühjahr, so will man wohl jetzt die Jungarbeiter langsam wieder abschieben. Wie man das macht, zeigt folgender Fall: Ein Einträger aus Hindenburg hatte sich mit Glas beladene Füge aufgeschritten und wollte deshalb zum Arzt gehen. Er ging zunächst ins Büro, dort traf er aber nur den Schreiber Ubrich an. Der Einträger sagte demselben, daß er sich krank melden wolle, daraufhin erlaubte sich Ubrich bei der Verbandsstelle telefonisch Betreffs der Bunde, und erwiderte dem Einträger, welcher im 17. Lebensjahre steht, „Du darfst dich nicht krank melden.“ Der Einträger erklärte aber: „Sowohl, ich melde mich krank“, und war im Begriff, aus dem Büro zu gehen, als der Büroschreiber auf ihn zuging und ihm ein paar Ohrfeigen gab. Der Einträger ging nun sofort zum Beamten der Betriebskassente und kündigte sein Arbeitsverhältnis und gab als Grund hierfür die Prügelstrafe an. Hierbei äußerte er sich, daß er sich bei seiner Abreise bei Herrn Ubrich für die Behandlung bedanken würde. Diese Aeußerung gelangte natürlich zur Kenntnis des Ubrich sowie des Profuriers Beyer, die darauf dem Einträger noch einige Ohrfeigen erteilten. Ubrich rief dabei aus: „Ihr faulen Hunde wollt euch nur dauernd krank melden“, und trat dabei noch dem Einträger auf den aufgeschrittenen Fuß. Der betreffende Einträger ist seit Februar einmal acht Tage krank gewesen, und alle Arbeiter, welche den ganzen Sommer bei der ungeheuren Hitze am heißen Glasfenster beschäftigt waren, werden wissen, wie viele dabei krank werden. Natürlich, jene Herren denken, mit jungen Arbeitern umgehen zu können, wie es ihnen beliebt. Deshalb rufen wir allen Jungarbeitern der Firma Gebr. Puzler zu: Tretet ein in den KZ, tretet ein in die KZ, und kämpft mit uns geschlossen gegen diese Prügelmethoden und Ausbeutung durch die Unternehmer.

Sagan

Gegen Panzerkreuzerbau und Koalition.
Die von der Partei einberufene Kundgebung am Freitag brachte trotz der späten Abendstunde eine ansehnliche Zahl von Zuhörern auf den Markt. Besonders viel sozialdemokratische Arbeiter waren unserm Rufe gefolgt, die interessiert den Ausführungen des Referenten folgten. Genosse Wolweber verstand es auch ausgezeichnet, mit drastischen Beispielen den Weg der SPD von 1914 bis zum Panzerkreuzerbau zu illustrieren. Schonungslos enthüllte er den eigentlichen politischen Sinn dieser Affäre. Weiter ging er auf die Bewaffnung der russischen Armee und Flotte ein, die die Gegner gegen uns ins Treffen führen. Während der Rede kam sehr oft der spontane Sympathiebeweis der Anwesenden zum Durchbruch. Nachdem die Kapelle die Internationale zu Gehör gebracht hatte, marschierten die Genossen bis zum Abteilungslokal. Die Kundgebung hat erneut bewiesen, daß die Saganer Arbeiter erkannt haben, daß sie die SPD während der Wahl auf das jämmerlichste belogen hat, sie werden dafür bei den Kommunalwahlen ihre Stimmen nur den Kommunisten geben.

Berichtigung.

Unter der Überschrift „Arbeiterportier sind Lumpen“, brachten wir eine Notiz, die sich mit dem Verhalten des Textilarbeiterverbands-Angestellten Kieger beschäftigte. Wie uns unser Gewerksmann mitteilt, liegt da ein Irrtum vor. Die lumpigen Worte gegen die Arbeiterportier sind nicht vom Verbandsangestellten Kieger gefallen, sondern von dessen hoffnungslosen Eßproßling, unter dessen Kommando die Reichsbannermannschaft steht. Es ist derselbe Sohn des Verbandsangestellten, der vor knapp drei Viertel Jahr bei den Bürgerlichen als Linienrichter fungierte. Also hätte der junge Mann eigentlich alle Ursache, seinen grünen Schnabel zu halten. Dies zur Richtigerstellung.

Sprottau

Die „Spaltpilze“
Etwas verspätet geht uns folgender Bericht zu: Am Sonntag, dem 2. August, beging der Landarbeiterverband des Kreises Sprottau in Sprottau ein Sommerfest. Bei der Feste im Volkshausgarten führte als erster Redner der Vorsitzende des Ortsausschusses der Freien Gewerkschaften, Hilmer, aus, daß uns nur starke Gewerkschaften nützen können. Darauf ergriff der Kreisleiter des Landarbeiterverbandes und ehemalige Führer des Reichsbanners des

„schen“ empfehlen, dort dürfte er Ausdruck wie „Quatsch“ Sie doch nicht, nicht finden. Hoffen wir, daß die Empfehlung beherzigt wird, jaß es für Kieger überhaupt nicht zu spät sein sollte, bessere Umgangsformen anzunehmen.

Königszell

Besucht das Schalmekonzert und die Versammlung!
Am Freitag, dem 7. September, um 10 Uhr gibt die Schalmekapelle des KZB. Schweidnitz ein Konzert am Friedhofsbendmal. Wir machen die Arbeiterschaft von Königszell hiermit darauf aufmerksam. Aufstehend findet im Saal eine öffentliche Versammlung statt. Es wird über Panzerkreuzer und Koalitionsgespräche gesprochen. Jeder denkende Arbeiter, besonders die Genossen von der SPD, sind interessiert, wie sie von Hermann Müller u. Co. verkauft werden. Deshalb holt euch Auffklärung. Ein jeder ist willkommen. Ein jeder hat volle Redefreiheit.

Sprottauer Kreises, Art 1, das Wort. Dieser wollte den am... Arbeitern vorreden, daß sie im Jahre 1918 einen Sieg errungen hätten. Erst quasselte er davon, daß die Landarbeiterschaft bis 1918 unter der Knute der Junker gestanden habe, durch den „Sieg“ aber wäre sie davon befreit worden. Doch dann — mußte er zugeben, daß dies heute noch der Fall ist, trotz der „Siegreichen“ von seinen Panzerkreuzerjüngern verratenen Revolution. Doch zur Veranschaulichung dieses Verrates hatte er einen Bligableiter gefunden. Und das waren — die verfluchten Kommunisten. Die KPD vertrieb nämlich ihre Flugblätter gegen den Panzerkreuzer. Er hatte nun nichts Besseres zu tun, unter Zuhilfenahme seiner „Arbeitsführer“ Stimme den Anwesenden ans Herz zu legen, diese schändlichen Dokumente den „Spaltpilzen“ und „Mästen“ zuzuschicken. Durch Zurschicken eines Genossen wurde er auf den Panzerkreuzer aufmerksam gemacht, doch er war gerade für einen Augenblick „geistesabwesend“. Uebrigens machte er noch die Bemerkung, die Industriearbeiterschaft habe höhere Löhne. Wenn nämlich die Landarbeiter auch solche hohen Löhne hätten, könnten sie sich auch besser leisten, meinte er. Da er als Landarbeiterführer wahrscheinlich auch so schlechtes Gehalt hat, könnte er doch ruhig seinen Platz mit dem eines so hoch — tlohten Industriearbeiters vertauschen. Die Arbeiter jedoch in Stadt und Land erkennen von Tag zu Tag besser ihre Lage. Wir rufen ihnen nur zu: Zieht die Konsequenzen, heraus aus der Partei der Panzerkreuzerjüngler! Tretet als Klassenbewußte Proletarier ein in die KPD, und der KZB!

Liegnitz

Von der Straßenbahn zerdrückt. Gestern vormittag gegen 10 1/2 Uhr sprang in der Kurve an der Landschaft ein Straßenbahnwagen aus den Schienen. Die dort wartende, in den 30er Jahren stehende Ehefrau des Kaufmanns Gerhard Schabel wurde gegen die Wand des Landschaftsgebäudes gedrückt, so daß ihr der Kopf zerquetscht wurde. Sie war auf der Stelle tot.

Vereinigte Theater	Lobe-Theater	Thalla-Theater
Von Sonnabend den 1. 9.	bis Sonnabend, den 8. 9.	Von Sonnabend, den 1. 9.
täglich 20 Uhr	täglich 20 Uhr	bis Sonnabend, den 8. 9.
Eröffnungsvorstellung.	Zum ersten Male!	täglich 20 Uhr
„Hokuspokus“	von Curt Goetz	„Arm wie eine Kirchenmaus“
		von Ladislaus Fodor

Stadt-Theater Breslau
(Opernhaus)

Spielplan vom 1. bis 9. September 1928

Mittwoch, 5. Sept., 19,30 Uhr
Abonnement-Vorstellung Serie B 1
Carmen

Donnerstag, 6. Sept., 19,30 Uhr
Abonnement-Vorstellung Serie E 1
Die Zauberflöte

Freitag, 7. Sept., 20 Uhr
Abonnement-Vorstellung Serie C 1
Der Troubadour

Sonnabend, 9. Sept., 20 Uhr
Der fliegende Holländer

Sonntag, 9. Sept., 20 Uhr
Salvatore ruffische
hierauf **Der Bajazzo**

Ämtliche Bekanntmachung von Weißstein.

Infolge Erkrankung des Ämts- und Gemeindevorstehers Hertig übernimmt bis auf weiteres Herr Schöffe Scholz die Vertretung in den Ämtsgeschäften.

Sprechstunden: Montag, Dienstag, Donnerstag und Freitag von 3—5 Uhr nachmittags. Mittwoch und Sonnabends von 11—1 Uhr.

Weißstein, den 3. September 1928.
Der Gemeindevorsteher
J. W. Scholz.

Wandteibhaus Grundmann
Breslau, Trebnitzer Str. 21
Belebung v. Anzügen, Wäsche und Schmuckstücken

Paul Bromisch
Feinste Fleisch-, Wurst- und Räucherwaren
Beuthen O.-S., Piskarar Str. 29

Max Pollack
Hindenburg
Kronprinzenstraße 134

Cinoleum / Wachstuch
Teppiche / Gardinen

Schauspielhaus Breslau
Operettenbühne
Breslau
Telephon Nr. 36800

Täglich 20 Uhr:
Gastspiel
Margit Suchy
vom Theater des Westens, Berlin

Gvelhne

Wir empfehlen unsere
Buchdruckerei
zu Anfertigung von
Werken
Plakaten
Briefbogen
Rechnungen
Programmen
Einlaßkarten
Flugblättern
Massenauflagen usw.
Gute Ausstattung
Niedrige Preise

DEUVAG
Papier-Erzeugnisse- und Verwertungs-Akten-Gesellschaft
Berlin

FU. Breslau
Trebnitzer Str. 50